

RUTH JANAL

Europäisches  
Zivilverfahrensrecht  
und Gewerblicher  
Rechtsschutz

*Jus Privatum*

199

---

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM  
Beiträge zum Privatrecht  
Band 199





Ruth M. Janal

# Europäisches Zivilverfahrensrecht und Gewerblicher Rechtsschutz

Mohr Siebeck

*Ruth M. Janal*, geboren 1974; Studium der Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Master of Laws in Media, Communication and Information Technology Law an der University of New South Wales (Australien); Rechtsreferendariat am Kammergericht; 2003 Promotion; 2014 Habilitation; seit 2014 Professorin am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, Gewerblichen Rechtsschutz und Informationsrecht.

ISBN 978-3-16-153933-6 / eISBN 978-3-16-153934-3  
ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Kirchheim/Teck gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

»When it comes to matters with a European element, the Treaty of Rome is like an incoming tide. It flows into the rivers and estuaries. It cannot be held back.«

Als *Lord Denning* mit diesen berühmten Worten im Jahr 1974 die Römischen Verträge mit der auflaufenden Flut verglich, war das Zivilverfahrensrecht der Mitgliedstaaten von unionsrechtlichen Einflüssen noch nahezu unbehelligt. Die Ratssitzung in Tampere im Jahr 1999 sollte diesen Zustand der Unberührtheit schlagartig beenden. Einer Springflut gleich entwickelte sich das (internationale) Zivilverfahrensrecht innerhalb weniger Jahre zu einem der dynamischsten Gebiete des Unionsrechts. Gut 15 Jahre nach »Tampere« ist der Prozess der Harmonisierung zwar noch nicht abgeschlossen, aber mit der EU-Justizagenda 2020 in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Gleichzeitig befinden wir uns in einer Zeit des Aufbruchs: Mit der Errichtung des Einheitlichen Patentgerichts und dem Erlass der zugehörigen Verfahrensordnung wird erstmals ein genuin eigenständiges europäisches Zivilgericht und Zivilverfahrensrecht geschaffen. Das vorliegende Buch versteht sich als Diskussionsbeitrag sowohl zur Konsolidierung als auch zum Aufbruch.

Die Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin im Wintersemester 2014 als Habilitationsschrift angenommen. Rechtsprechung und Schrifttum befinden sich auf dem Stand vom März 2015. Die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs vom 5. Mai 2015, mit denen die Klagen Spaniens gegen das „Patentpaket“ abgewiesen wurden, fanden im Zuge der Fahnenkorrektur noch knappe Berücksichtigung.

Herrn Prof. Dr. *Helmut Grothe* danke ich von Herzen für die Betreuung der Arbeit sowie für seine weit über die Betreuung hinausreichende Unterstützung. Danken möchte ich ihm zudem für die wissenschaftlich anregende, ebenso vertrauens- wie humorvolle Zusammenarbeit an dem von ihm geleiteten Institut. Herrn Prof. Dr. *Martin Schwab* gilt mein vielfacher Dank für die intensive Auseinandersetzung mit der Schrift in seinem zügig erstellten Zweitgutachten. Beiden Voten konnte ich wichtige Anregungen entnehmen.

Ein Forschungsaufenthalt an der University of Bristol Law School im Herbst 2010 hat zum Gelingen der Arbeit wesentlich beigetragen. Für die herzliche Aufnahme an der dortigen Fakultät danke ich insbesondere Herrn Prof. *Steven Greer*. Mein Dank gilt ferner den gegenwärtigen und früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut für Internationales Privatrecht,

Internationales Zivilverfahrensrecht und Rechtsvergleichung der Freien Universität Berlin, insbesondere Frau Dr. *Eva Schäper*, Frau *Constanze Hartmann* und Frau Dr. *Maximiliane Kimmerle*. Meine Mutter *Magdalena Janal* hat Teile des Manuskripts korrekturgelesen. Bei der für die Drucklegung erforderlichen Aktualisierung hat meine wissenschaftliche Mitarbeiterin Frau *Corinna Marschner* wertvolle Dienste geleistet.

Die Drucklegung der Schrift wurde unterstützt durch großzügige Druckkostenzuschüsse der Deutschen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V. (GRUR) und meines Vaters *Heinz Janal*, für die ich mich vielmals bedanke.

Was wäre das Leben ohne die Liebe? Mein größter Dank gilt deshalb meiner Familie: *Philipp Öhlinger* für Nähe und Halt in jeder Lebenslage, meinen Eltern *Magdalena* und *Heinz Janal* für ihre lebenslange Unterstützung sowie meinen Kindern *Luan* und *Bela*, die mich jeden Tag zum Lachen bringen. Ihnen allen ist die Arbeit gewidmet.

Berlin, im Oktober 2015

Ruth Janal

# Inhaltsübersicht

## *1. Teil*

### Grundlagen

§1 Der Gewerbliche Rechtsschutz und das Europäische Zivilverfahrensrecht .....	3
§2 Primärrechtliche Rahmenbedingungen .....	19

## *2. Teil*

### Harmonisierung des Zivilverfahrensrechts ohne grenzüberschreitenden Bezug

§3 Die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums .....	49
§4 Einstweilige Maßnahmen zur Sicherung des Status Quo .....	63
§5 Anordnung der Beweismittelvorlage .....	150
§6 Beweissicherungsmaßnahmen .....	202
§7 Auskunft über Ursprung, Vertriebswege und Vertriebsdetaiils .....	243
§8 Bewertung der Richtlinie zur Durchsetzung des geistigen Eigentums .....	285
§9 Exkurs: Qualifikation der Instrumente der Durchsetzungsrichtlinie .....	309

## *3. Teil*

### Das Europäische Internationale Zivilverfahrensrecht

§10 Internationale Zuständigkeit für das Hauptsacheverfahren .....	317
--	-----



§ 11 Internationale Zuständigkeit für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes .....	395
§ 12 Verfahrenskoordination im europäischen Rechtsraum .....	435
§ 13 Sonderregeln in den Verordnungen über die Gemeinschaftsschutzrechte .....	490
§ 14 Die internationale Zustellung .....	527
§ 15 Zugang zu im Ausland belegenen Beweismitteln .....	582
§ 16 Urteilsfreizügigkeit .....	631
§ 17 Bewertung des europäischen Internationalen Zivilverfahrensrechts .....	723

#### 4. Teil

##### Ein einheitlicher Streitregelungsmechanismus für Europäische Patente

§ 18 Der Unified Patent Court .....	747
-------------------------------------	-----

#### 5. Teil

##### Thesen

§ 19 Thesen .....	827
-------------------	-----

#### Anhang

Das englische Zivilverfahrensrecht .....	837
Abkürzungsverzeichnis .....	857
Literaturverzeichnis .....	863
Datenbanken .....	909

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Teil

### Grundlagen

§1	Der Gewerbliche Rechtsschutz und das Europäische Zivilverfahrensrecht .....	3
A.	<i>Zielsetzung</i> .....	3
B.	<i>Ubiquität und Territorialität gewerblicher Schutzrechte</i> .....	5
I.	Gewerbliche Schutzrechte im Spannungsfeld zwischen Territorialität und Globalität .....	5
II.	Die Harmonisierung des Gewerblichen Rechtsschutzes innerhalb der EU .....	6
C.	<i>Die Harmonisierung des Zivilverfahrensrechts</i> .....	9
I.	Das Internationale Zivilverfahrensrecht .....	9
II.	Das Zivilverfahrensrecht ohne grenzüberschreitenden Bezug .....	12
III.	Informationsaustausch und Vernetzung .....	13
IV.	Wissenschaftliche Initiativen .....	14
D.	<i>Begrenzung des Untersuchungsgegenstands</i> .....	15
I.	Berücksichtigte Regelungstexte .....	15
II.	Besonders berücksichtigte nationale Verfahrensordnungen .....	16
III.	Begriff des Gewerblichen Rechtsschutzes .....	17
E.	<i>Untersuchungsverlauf</i> .....	18
§2	Primärrechtliche Rahmenbedingungen .....	19
A.	<i>Rechtsetzungskompetenzen der Europäischen Union</i> .....	19
I.	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen .....	19
II.	Europäische Rechtstitel zum Schutz des geistigen Eigentums .....	22
III.	Rechtsangleichung im Binnenmarkt .....	23

IV.	Gestaltung der gemeinsamen Handelspolitik . . . . .	25
V.	Konkurrenzen . . . . .	26
VI.	Fazit . . . . .	26
B.	<i>Das zweispurige Rechtsschutzsystem der Union</i> . . . . .	27
I.	Rechtsschutz durch die Gerichte der Mitgliedstaaten . . . . .	27
II.	Das Vorabentscheidungsersuchen . . . . .	28
C.	<i>Menschenrechtliche Garantien</i> . . . . .	31
I.	Vielschichtigkeit des Grundrechtsschutzes innerhalb der Union . . .	31
II.	Die menschenrechtlichen Verfahrensgarantien . . . . .	33
III.	Der menschenrechtliche Schutz des geistigen Eigentums . . . . .	35
D.	<i>Auslegung des Europäischen Zivilverfahrensrechts</i> . . . . .	36
I.	Das Prinzip der autonomen Auslegung . . . . .	36
II.	Der Methodenkanon des Unionsrechts . . . . .	36
III.	Die Bedeutung von Präjudizien . . . . .	40
E.	<i>Die Implikationen loyaler Zusammenarbeit für das nationale Zivilverfahrensrecht</i> . . . . .	41
I.	Der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit . . . . .	41
II.	Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	41
III.	Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung . . . . .	41
IV.	Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz . . . . .	42

## 2. Teil

### Harmonisierung des Zivilverfahrensrechts ohne grenzüberschreitenden Bezug

§3	Die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums . . . . .	49
A.	<i>Einführung</i> . . . . .	49
I.	Rechtstatsächliche Ausgangslage . . . . .	49
II.	Das TRIPS-Übereinkommen . . . . .	52
III.	Die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums . . . . .	53
1.	Überblick . . . . .	53
2.	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	55

B.	<i>Rechtsetzungskompetenz der Union</i> .....	56
C.	<i>Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Vorgaben</i> .....	57
	I. Anwendungsbereich der Richtlinie .....	57
	II. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	58
	III. Aktivlegitimation und Prozessführungsbefugnis .....	59
	IV. Passivlegitimation .....	59
	V. Prozesskosten .....	59
D.	<i>Zuständigkeit</i> .....	60
	I. Zuweisung durch das Unionsrecht .....	60
	II. Deutsches Zuständigkeitsrecht .....	60
	III. Englisches Zuständigkeitsrecht .....	61
§4	<i>Einstweilige Maßnahmen zur Sicherung des Status Quo</i> .....	63
A.	<i>Die Vorgaben der Richtlinie</i> .....	63
	I. Grundzüge der Regelung des Art. 9 DRL .....	63
	II. Interpretationsbedarf und Umsetzungsspielräume .....	65
	1. Weiter Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten .....	65
	2. Zwingender Charakter der Schutzmaßnahmen zugunsten des Antragsgegners .....	67
	3. Maßnahmen gegenüber Mittelspersonen .....	69
	a) Weiter Spielraum der Mitgliedstaaten .....	69
	b) Sperrverfügungen gegenüber Access Providern .....	69
	c) Haftungsprivilegierung von Diensteanbietern der Informationsgesellschaft .....	70
	4. Schutzrechtsverletzungen in gewerblichem Ausmaß .....	73
	5. Beginn der Frist zur Einleitung des Hauptsacheverfahrens .....	75
	III. Verlauf der Analyse .....	76
B.	<i>Bewahrung des Status Quo im englischen Recht</i> .....	76
	I. Das Rechtsgebiet der <i>injunctions</i> .....	76
	II. Unterlassung, Stellung einer Sicherheit und Sicherstellung verdächtigen Materials .....	77
	1. Verfügbare Maßnahmentypen .....	77
	2. Die Bedeutung der materiellen Rechtslage: <i>American Cyanamid</i> .....	78
	3. Die Abwägung der Parteiinteressen: <i>balance of convenience</i> ..	81
	4. Anordnungen gegenüber Unbekannt .....	83

5. Maßnahmen gegenüber Mittelspersonen . . . . .	84
6. Zusammenfassung zu Unterlassungsverfügungen . . . . .	87
III. Die <i>Freezing injunction</i> . . . . .	88
1. Das Institut der <i>freezing injunction</i> . . . . .	88
2. Anordnungsvoraussetzungen der <i>freezing injunction</i> . . . . .	89
3. Verfügungsinhalt: Verbot der Verfügung über betroffenes Vermögen . . . . .	92
4. Anordnungen mit weltweiter Wirkung . . . . .	94
5. Anordnungen zwecks Sicherung der Vollstreckung eines künftigen Urteils ausländischer Gerichte . . . . .	97
IV. Offenlegung der Vermögensbestandteile . . . . .	98
V. Formale Vorgaben und zulässige Beweismittel . . . . .	100
VI. <i>Ex parte</i> -Anordnungen . . . . .	101
1. Gründe, die zur Verweigerung des rechtlichen Gehörs berechtigen . . . . .	101
2. Schutzvorkehrungen zugunsten der nicht gehörten Partei . . . . .	102
VII. Schutzvorkehrungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	103
1. Das Instrument der Verpflichtungserklärung . . . . .	103
2. Mittelbarer Zwang zur Einleitung des Hauptsacheverfahrens . . . . .	104
3. Kompensation und Absicherung des Antragsgegners . . . . .	104
4. Besondere Schutzvorkehrungen bei Erlass einer <i>freezing injunction</i> . . . . .	106
VIII. Durchsetzung der Maßnahme . . . . .	107
1. Contempt of Court . . . . .	107
2. Striking out a case . . . . .	110
IX. Fazit . . . . .	111
C. <i>Bewahrung des Status Quo im deutschen Recht</i> . . . . .	113
I. Unterlassungsanordnung, Stellung einer Sicherheit und Sicherstellung verdächtigen Materials . . . . .	113
1. Die Bedeutung der materiellen Rechtslage: der Verfügungsanspruch . . . . .	113
2. Die Abwägung der Parteiinteressen: der Verfügungsgrund . . . . .	115
a) Keine Vermutung für das Bestehen eines Verfügungsgrundes . . . . .	115
b) Fehlende Dringlichkeit wegen Zeitablauf . . . . .	116
c) Abwägung weiterer Faktoren . . . . .	119
3. Anordnungen gegenüber Unbekannt . . . . .	120
4. Maßnahmen gegenüber Mittelspersonen . . . . .	121
a) Mittelspersonen, die keinen Dienst der Informationsgesellschaft betreiben . . . . .	121

b) Unterlassungsverfügungen gegenüber Host Service Providern . . . . .	123
c) Sperrverfügungen gegenüber Access Providern . . . . .	124
II. Der dingliche Arrest . . . . .	125
III. Zugang zu Finanzdokumenten . . . . .	127
1. Die immaterialgüterrechtlichen Vorlageansprüche . . . . .	127
a) Anspruchsinhalt und -voraussetzungen . . . . .	127
b) Durchsetzung im einstweiligen Verfahren . . . . .	130
c) Bezeichnung des Vorlagegegenstands . . . . .	130
2. Bewertung . . . . .	131
IV. Glaubhaftmachung . . . . .	132
V. <i>Ex parte</i> -Anordnungen . . . . .	133
1. Unterlassungs- und Sicherungsverfügungen . . . . .	133
2. Arrestverfahren . . . . .	134
3. Wahrheitspflicht des Antragstellers . . . . .	134
4. Information des Antragsgegners . . . . .	134
VI. Schutzvorkehrungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	135
1. Mittelbarer Zwang zur Einleitung des Hauptsacheverfahrens . . . . .	135
2. Kompensation und Absicherung des Antragsgegners . . . . .	136
VII. Vollstreckung der einstweiligen Verfügung und des Arrests . . . . .	137
VIII. Fazit . . . . .	138
D. <i>Rechtsvergleichende Würdigung</i> . . . . .	139
I. Richtliniengetreue Umsetzung . . . . .	139
II. Angemessene Berücksichtigung der beidseitigen prozessualen Interessen . . . . .	140
1. Unterlassungs- und Sicherungsverfügungen . . . . .	140
a) Die Bedeutung der materiellen Rechtslage . . . . .	140
b) Unterlassungsanordnungen gegen Unbekannt und gegen Mittelspersonen . . . . .	141
2. Sicherung des Vermögensbestands . . . . .	142
3. Informationen über das Vermögen des Antragsgegners . . . . .	143
4. <i>Ex parte</i> -Anordnungen . . . . .	144
5. Schutzvorkehrungen zugunsten des Antragstellers . . . . .	145
III. Stand der Harmonisierung und Reformimpulse . . . . .	146
1. Die Problematik der sektoriellen Prozessrechtsvereinheitlichung . . . . .	146
2. Einführung einer höheren Regelungsdichte . . . . .	147
3. Präzisierung des Fristbeginns zur Einleitung des Hauptsacheverfahrens . . . . .	147
4. Präzisierung der Passivlegitimation von Mittelspersonen . . . . .	148

5.	Bessere Definition des Regelungskorridors . . . . .	148
§ 5	Anordnung der Beweismittelvorlage . . . . .	150
A.	<i>Die Vorgaben der Richtlinie</i> . . . . .	150
I.	Grundzüge der Regelung des Art. 6 DRL . . . . .	150
II.	Interpretationsbedarf und Umsetzungsspielräume . . . . .	152
	1. Weiter Umsetzungsspielraum . . . . .	152
	2. Begünstigte einer Anordnung nach Art. 6 Abs. 1 DRL . . . . .	152
	3. Durchsetzung der Vorlageanordnung . . . . .	154
III.	Besichtigung von Waren nach der ProduktpiraterieVO . . . . .	154
B.	<i>Umsetzung in England</i> . . . . .	155
I.	<i>Disclosure</i> : Offenbarung und Besichtigung von Dokumenten . . . . .	155
	1. Begriff und Funktion der <i>disclosure</i> . . . . .	155
	2. Absehen von der <i>disclosure</i> in Verfahren des gewerblichen Rechtsschutzes . . . . .	156
	3. Voraussetzungen und Inhalt der <i>Standard Disclosure</i> . . . . .	157
	4. Das Einsichtsrecht: <i>inspection</i> . . . . .	160
	5. <i>Specific Disclosure</i> . . . . .	160
II.	Offenbarung und Besichtigung anderer Beweismittel . . . . .	161
III.	Exkurs: Beweismittelvorlage durch dritte Personen . . . . .	162
IV.	Der Schutz vertraulicher Interessen . . . . .	164
	1. Geheimnisse der Gegenpartei . . . . .	164
	2. Daten dritter Personen . . . . .	166
	a) Bruch einer Vertraulichkeitsvereinbarung . . . . .	166
	b) Persönliche Daten Dritter, die dem Datenschutz unterliegen . . . . .	167
V.	Durchsetzung der Offenlegungs- und Einsichtsgewährungspflicht . . . . .	167
VI.	Grenzen der Verwertung . . . . .	168
VII.	Unterstützung ausländischer Prozesse . . . . .	170
VIII.	Fazit . . . . .	171
C.	<i>Umsetzung in Deutschland</i> . . . . .	172
I.	Skepsis gegenüber prozessualen Anordnungen zur Beweismittelvorlage . . . . .	172
II.	Die immaterialgüterrechtlichen Vorlage- und Besichtigungsansprüche . . . . .	174
	1. Grundzüge . . . . .	174
	2. Voraussetzungen des Vorlage- bzw. Besichtigungsanspruchs . . . . .	175

a)	Hinreichende Wahrscheinlichkeit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit . . . . .	175
b)	Bezeichnung des Besichtigungs- bzw. Vorlagegegenstands . . . . .	177
c)	Verfügungsgewalt über den Besichtigungsgegenstand . . . . .	178
d)	Bank-, Finanz- und Handelsunterlagen . . . . .	179
3.	Inhalt und Durchsetzung des Vorlage- bzw. Besichtigungsanspruchs . . . . .	179
III.	§ 809 BGB . . . . .	181
IV.	Der Schutz vertraulicher Informationen . . . . .	181
1.	Inhaltliche Begrenzung des Vorlage- bzw. Besichtigungsanspruchs . . . . .	182
2.	<i>In camera</i> -Verfahren . . . . .	183
3.	Die „Düsseldorfer Praxis“ . . . . .	185
V.	Grenzen der Verwertung und Unterstützung ausländischer Verfahren . . . . .	187
VI.	Schadensersatz . . . . .	188
VII.	Exkurs: Anordnungsbefugnis gemäß §§ 142, 144 ZPO . . . . .	190
1.	Vorlage von Augenscheinsobjekten, Urkunden und sonstigen Unterlagen . . . . .	190
2.	Konsequenzen der Nichtbefolgung . . . . .	192
VIII.	Fazit . . . . .	193
D.	<i>Rechtsvergleichende Würdigung</i> . . . . .	195
I.	Richtliniengetreue Umsetzung . . . . .	195
II.	Angemessene Berücksichtigung der beteiligten Interessen . . . . .	196
1.	Zugang zu Informationen aus der Sphäre der gegnerischen Partei . . . . .	196
a)	Allgemeine vs. konkrete Vorlagepflicht . . . . .	196
b)	Vorlage und Besichtigung . . . . .	197
c)	Materiellrechtliche vs. prozessuale Ausgestaltung der Vorlagepflicht . . . . .	198
2.	Zugang zu Informationen aus der Sphäre dritter Personen . . . . .	199
3.	Ausgestaltung des Geheimnisschutzes . . . . .	199
III.	Stand der Harmonisierung und Reformimpulse . . . . .	200
§6	Beweissicherungsmaßnahmen . . . . .	202
A.	<i>Die Vorgaben der Richtlinie</i> . . . . .	202
I.	Grundzüge der Regelung des Art. 7 DRL . . . . .	202
II.	Interpretationsbedarf und Umsetzungsspielräume . . . . .	203
1.	Passivlegitimation . . . . .	203



2.	Erfasste Beweismittel . . . . .	203
3.	Beweisermittlung, Beweismittelvorlage, Beweissicherung . . . . .	204
4.	Schutzmaßnahmen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	207
B.	<i>Umsetzung in England</i> . . . . .	207
I.	<i>Search Order (Anton Piller Order)</i> . . . . .	207
1.	Entwicklung der <i>Search Order</i> . . . . .	207
2.	Erfolgsaussichten in der Hauptsache und Dringlichkeit . . . . .	209
3.	Formale Vorgaben und zulässige Beweismittel . . . . .	210
4.	Verfügungsinhalt . . . . .	210
5.	Im Ausland belegene Räumlichkeiten . . . . .	212
6.	Schutzvorkehrungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	213
7.	Aufhebung der <i>search order</i> . . . . .	215
8.	Unterstützung ausländischer Verfahren . . . . .	216
9.	Kritik an der <i>search order</i> . . . . .	217
II.	Sicherstellung von Beweismitteln ohne Durchsuchung . . . . .	218
III.	<i>Pre-action Disclosure</i> . . . . .	219
IV.	Sicherstellung von Zeugenaussagen . . . . .	220
V.	Fazit . . . . .	220
C.	<i>Umsetzung in Deutschland</i> . . . . .	222
I.	Das selbständige Beweisverfahren . . . . .	222
II.	Beweismittelsicherung im Wege der einstweiligen Verfügung . . . . .	223
1.	Verfügungsanspruch . . . . .	223
2.	Verfügungsgrund . . . . .	224
3.	Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	226
4.	Inhalt und Durchsetzung der Verfügung . . . . .	227
III.	Verfahrenskombination in der „Düsseldorfer Praxis“ . . . . .	229
1.	Grundzüge des Düsseldorfer einstweiligen Besichtigungsverfahrens . . . . .	229
2.	Kritik des Düsseldorfer einstweiligen Besichtigungsverfahrens . . . . .	230
IV.	<i>Ex parte</i> -Anordnungen . . . . .	232
1.	Beweissicherung ohne Anhörung des Antragsgegners . . . . .	232
2.	Schutz des nicht gehörten Antragsgegners . . . . .	234
V.	Schutzmaßnahmen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	234
1.	Mittelbarer Zwang zur Klageerhebung . . . . .	234
2.	Schadensersatz und Sicherheitsleistung . . . . .	235
VI.	Grenzen der Verwertung und Unterstützung ausländischer Verfahren . . . . .	236
VII.	Fazit . . . . .	237

D.	<i>Rechtsvergleichende Würdigung</i> .....	238
I.	Richtliniengetreue Umsetzung .....	238
II.	Angemessene Berücksichtigung der beidseitigen prozessualen Interessen .....	239
	1. Beweisermittlung, Beweismittelvorlage, Beweissicherung .....	239
	2. <i>Ex parte</i> -Anordnungen .....	239
	3. Schutzvorkehrungen zugunsten des Antragstellers .....	240
	4. Durchführung der Durchsuchung .....	240
	5. Beweissicherung zugunsten ausländischer Hauptsacheverfahren .....	241
III.	Stand der Harmonisierung und Reformimpulse .....	241
§7	Auskunft über Ursprung, Vertriebswege und Vertriebsdetaiils .....	243
A.	<i>Die Vorgaben der Richtlinie</i> .....	243
I.	Grundzüge der Regelung des Art. 8 DRL .....	243
II.	Interpretationsbedarf und Umsetzungsspielräume .....	244
	1. In Zusammenhang mit einem Verfahren .....	245
	2. Ziel und Inhalt der Auskunftspflicht .....	245
	3. Auskunftspflicht Dritter nur bei Handlung in gewerblichem Ausmaß .....	246
	4. Die Koordination mit den Datenschutznormen des Unionsrechts .....	247
B.	<i>Auskunftsanordnungen im englischen Recht</i> .....	250
I.	Offenbarungspflichten im Rahmen eines anhängigen oder anvisierten Verfahrens .....	250
II.	Auskunftspflichten im Rahmen der <i>search order</i> .....	250
III.	<i>Norwich Pharmacal Order</i> .....	251
	1. Entwicklung der <i>Norwich Pharmacal Order</i> .....	251
	2. Voraussetzungen und Inhalt der Verfügung .....	252
	3. Die Koordination mit datenschutzrechtlichen Belangen .....	255
	4. Anderweitiger Vertraulichkeitsschutz .....	255
	5. Kosten- und Schadensersatz .....	256
IV.	Durchsetzung mittels <i>contempt of court</i> .....	256
V.	Fazit .....	256
C.	<i>Die Auskunftsansprüche des deutschen Rechts</i> .....	258
I.	Kumulation allgemeiner und spezifischer Auskunftsansprüche ...	258
II.	Die immaterialgüterrechtlichen Auskunftsansprüche .....	258

1.	Passivlegitimation . . . . .	258
a)	Täter und Teilnehmer einer Schutzrechtsverletzung . . . . .	258
b)	Auskunftspflichten von Mittelpersonen . . . . .	258
c)	Der Störer als Auskunftspflichtiger . . . . .	259
2.	Voraussetzungen und Inhalt der Auskunftspflicht . . . . .	261
3.	Die Koordination mit datenschutzrechtlichen Belangen . . . . .	263
a)	Der Konflikt zwischen Auskunftsanspruch und Datenschutzrecht . . . . .	263
b)	Der Erlaubnistatbestand des § 28 BDSG . . . . .	264
c)	Datenübermittlung unter Verwendung von Verkehrsdaten . . . . .	265
aa)	Rechtliche Voraussetzungen . . . . .	265
bb)	Tatsächliche Voraussetzungen . . . . .	265
d)	Datenübermittlung ohne Verwendung von Verkehrsdaten . . . . .	267
aa)	Spezialität der §§ 91 ff. TKG, §§ 11 ff. TMG . . . . .	267
bb)	Übermittlung von Bestandsdaten . . . . .	267
cc)	Inhaltsdaten . . . . .	269
e)	Zwischenergebnis . . . . .	269
4.	Anderweitiger Vertraulichkeitsschutz . . . . .	270
5.	Kosten . . . . .	272
6.	Durchsetzung im Wege des einstweiligen Verfügungsverfahrens . . . . .	272
III.	Unselbständiger Auskunfts- und Rechnungslegungsanspruch . . . . .	273
IV.	Vollstreckung der Auskunftsansprüche . . . . .	275
V.	Akteneinsicht im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren . . . . .	275
VI.	Fazit . . . . .	276
D.	<i>Rechtsvergleichende Würdigung</i> . . . . .	276
I.	Richtliniengetreue Umsetzung . . . . .	276
II.	Angemessene Berücksichtigung der beteiligten Interessen . . . . .	277
1.	Kategorisierung . . . . .	277
2.	Konnex mit einem Verletzungsverfahren . . . . .	277
3.	Inhalt der Auskunft . . . . .	278
4.	Schutz vertraulicher Informationen . . . . .	279
5.	Koordination mit dem Datenschutzrecht . . . . .	280
6.	Auskunft im einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	281
7.	Verfahrenskosten der Mittelperson . . . . .	281
III.	Stand der Harmonisierung und Reformimpulse . . . . .	281
1.	Stand der Harmonisierung . . . . .	281
2.	Reformimpulse . . . . .	282
a)	Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Schutzrechtsverletzung . . . . .	282
b)	Inhalt der Auskunft . . . . .	282
c)	Koordination mit dem Datenschutzrecht . . . . .	282

e) Drittauskunft im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes . . .	284
f) Kosten . . . . .	284
§ 8 Bewertung der Richtlinie zur Durchsetzung des geistigen Eigentums . . . . .	285
A. <i>Bewertungsparameter</i> . . . . .	285
B. <i>Harmonisierungswirkung der Richtlinie</i> . . . . .	286
I. Stand vor Umsetzung der Durchsetzungsrichtlinie . . . . .	286
1. Patentstreitverfahren . . . . .	286
2. Verfahren zur Durchsetzung anderer gewerblicher Schutzrechte	288
II. Das Maßnahmenpaket der Durchsetzungsrichtlinie . . . . .	289
III. Bewirkte Harmonisierung im deutschen und englischen Recht . . .	289
IV. Zwischenfazit Harmonisierungserfolg . . . . .	291
C. <i>Stärkung gewerblicher Schutzrechte</i> . . . . .	292
I. Prozessuale Besonderheiten der Durchsetzung gewerblicher Schutzrechte . . . . .	292
II. Die Instrumente der Durchsetzungsrichtlinie . . . . .	293
1. Schnelle Streitregelung . . . . .	293
2. Zugang zur Informationen aus der Sphäre anderer Personen . .	293
3. Der Schutz vertraulicher Informationen . . . . .	294
4. Fachkunde des Gerichts . . . . .	295
5. Internationaler Bezug . . . . .	295
6. Einstweilige Vermögensauskunft und Sicherung des Vermögensbestands . . . . .	295
D. <i>Position des angeblichen Schutzrechtsverletzers</i> . . . . .	295
E. <i>Systemstörende Eingriffe in das nationale Verfahrensrecht</i> . . . . .	297
F. <i>Ergebnis</i> . . . . .	298
G. <i>Lehren für eine künftige Angleichung des Prozessrechts</i> . . . . .	299
I. Die fehlende Rechtsetzungsbefugnis der Union . . . . .	299
II. Die Option der Vollharmonisierung . . . . .	300
III. Die Materialisierung des Prozessrechts . . . . .	302
IV. Verfahrensrechtliche Mindeststandards . . . . .	303
V. Die Vorbildwirkung der Durchsetzungsrichtlinie . . . . .	304
VI. Die Harmonisierungskraft der Rechtsprechung . . . . .	304
VII. Ergebnis . . . . .	307

§9 Exkurs: Qualifikation der Instrumente der Durchsetzungsrichtlinie .....	309
A. <i>Erforderlichkeit einer unionsautonomen Qualifikation</i> .....	309
B. <i>Verweisungsumfang des Art. 8 Rom II-VO</i> .....	310
C. <i>Bedeutung des durch die DRL gesetzten Mindeststandards</i> .....	313

### 3. Teil

#### Das Europäische Internationale Zivilverfahrensrecht

§10 Internationale Zuständigkeit für das Hauptsacheverfahren .....	317
A. <i>Das Territorialitätsprinzip im Anwendungsbereich der EuGVO</i> ...	317
I. Das Territorialitätsprinzip im internationalen Zuständigkeitsrecht	317
II. Auslegungskontinuität vom EuGVÜ bis zur EuGVO (2012) .....	319
III. Anwendungsbereich und zuständigkeitsrechtliche Grundentscheidungen .....	319
B. <i>Gerichtsstände für die Verletzungsklage</i> .....	321
I. Der ausschließliche Gerichtsstand für Bestandsklagen .....	321
II. Der allgemeine Gerichtsstand des Beklagten .....	322
III. Der Gerichtsstand der Niederlassung .....	322
IV. Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung .....	323
1. Anwendungsbereich .....	323
2. Der Ort des schädigenden Ereignisses .....	326
a) Zwischen Ubiquitätsprinzip und restriktiver Auslegung ...	326
b) Zur Geltung des Ubiquitätsprinzips im gewerblichen Rechtsschutz .....	327
c) Der Ort des ursächlichen Geschehens .....	329
aa) Erforderlichkeit der Schwerpunktbildung .....	329
bb) Schutzrechtsverletzung durch Kommunikation und Publikation .....	330
cc) Herstellung oder Vertrieb schutzrechtsverletzender Ware .....	331
dd) Zusammenwirken mehrerer Beteiligter .....	331
d) Der Ort der Verwirklichung des Schadenserfolges .....	331
aa) Bedeutung des Territorialitätsprinzips .....	331
bb) Zusammenwirken mehrerer Beteiligter .....	332

cc)	Einschränkungen bei Streudelikten . . . . .	333
aaa)	Erforderlichkeit einer einschränkenden Auslegung . . . . .	333
bbb)	Einschränkung der Kognitionsbefugnis . . . . .	335
ccc)	Schwerpunktbildung bei Rechtsverletzungen im Internet . . . . .	337
ddd)	Ausrichtung der Kommunikation bzw. <i>commercial effect</i> . . . . .	338
eee)	Stellungnahme . . . . .	339
dd)	Konsolidierung der örtlichen Zuständigkeit . . . . .	341
3.	Prüfung der unerlaubten Handlung auf der Ebene der Zuständigkeit . . . . .	343
4.	Zwischenergebnis . . . . .	344
V.	Der Gerichtsstand des Erfüllungsorts und die Forumswahl . . . . .	346
1.	Der Gerichtsstand des Erfüllungsorts . . . . .	346
2.	Verhältnis zum Gerichtsstand der unerlaubten Handlung . . . . .	347
3.	Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	348
4.	Zwischenergebnis . . . . .	349
VI.	Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft . . . . .	349
1.	Vorzüge und Risiken des Gerichtsstands der Streitgenossenschaft . . . . .	349
2.	Konkretisierung des Art. 8 Nr. 1 EuGVO durch den EuGH . . . . .	351
a)	Einheitliche Sachlage . . . . .	351
b)	Einheitliche Rechtslage . . . . .	352
c)	Vorhersehbarkeit . . . . .	353
d)	Unzulässigkeit der Klage gegen den Ankerbeklagten . . . . .	353
e)	Missbrauchskontrolle . . . . .	353
3.	Stellungnahme . . . . .	354
a)	Grundwertungen . . . . .	354
b)	Legitimes Interesse des Klägers an einer Verfahrensverbindung . . . . .	356
aa)	Unzulässige Klage gegen den Ankerbeklagten . . . . .	356
bb)	Offensichtlich unbegründete Klage gegen den Ankerbeklagten . . . . .	356
cc)	Verfahrensökonomie durch Deckungsgleichheit . . . . .	357
c)	Grenzziehung durch die zuständigkeitsrechtlichen Interessen des Beklagten . . . . .	358
aa)	Subjektive Verbindung der Streitgenossen bzw. „gleiche Sachlage“ . . . . .	358
bb)	Einheitliche Rechtslage . . . . .	359
d)	Intensität der Konnexitätsprüfung . . . . .	361
e)	Missbrauchsvorbehalt . . . . .	361
f)	Schwerpunktbildung: die „Spinne im Netz“ . . . . .	362

4. Zwischenergebnis .....	364
C. <i>Nichtigkeitswiderklage und Einwand der Ungültigkeit</i> .....	365
I. Dichotomie der internationalen Zuständigkeit im gewerblichen Rechtsschutz .....	365
II. Die Nichtigkeitswiderklage .....	367
III. Der Einwand der Ungültigkeit des Schutzrechts .....	367
1. Optionen zur Behandlung des Nichtigkeitseinwands .....	367
a) Inzidente Entscheidungsbefugnis des Verletzungsgerichts ..	367
b) Wegfall der Zuständigkeit des Verletzungsgerichts .....	370
c) Aussetzung des Verletzungsverfahrens .....	370
2. Das Urteil <i>GAT/LuK</i> und die Reaktion des Ordnungsgebers	372
3. Die praktische Bewältigung der Entscheidung <i>GAT/LuK</i> .....	372
a) Handlungsalternativen des angerufenen Gerichts .....	372
b) Erklärung der Unzuständigkeit .....	373
c) <i>Perpetuatio Fori</i> .....	377
aa) Koordination der nationalen Schutzrechtssysteme mit der EuGVO .....	377
bb) Entscheidung ohne Berücksichtigung des Nichtigkeitseinwands .....	378
aaa) Irrelevanz der Bestandsfrage .....	378
bbb) Bindungswirkung der Schutzrechtserteilung ...	379
ccc) Vertragliche Nichtangriffspflicht .....	382
ddd) Nationale Präklusionsregeln .....	382
eee) Betreibung des Bestandsverfahrens .....	383
fff) Substantiierung bzw. Wahrscheinlichkeit des Nichtigkeitseinwands .....	384
cc) Aussetzung des Verfahrens nach autonomem Verfahrensrecht .....	384
d) Einstweiliger Rechtsschutz .....	385
IV. Zwischenergebnis .....	386
D. <i>Zuständigkeit für Begehren auf Auskunft und Beweismittelzugang</i>	387
I. Verfahren gegen den behaupteten Verletzer .....	387
II. Isolierte Auskunfts- und Beweismittelzugangsklagen .....	388
E. <i>Würdigung</i> .....	389
I. Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen .....	389
II. Reform .....	391
1. Erkenntnisse aus der Reform der EuGVO .....	391
2. Vorschläge <i>de lege ferenda</i> .....	393
a) Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung .....	393
b) Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft .....	393
c) Der Einwand der Ungültigkeit des Schutzrechts .....	393

§11 Internationale Zuständigkeit für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes .....	395
A. <i>Bedeutung der internationalen Zuständigkeit im einstweiligen Rechtsschutz</i> .....	395
B. <i>Die rudimentäre Regelung des einstweiligen Rechtsschutzes in der EuGVO</i> .....	397
C. <i>Einstweiliger Rechtsschutz auf Basis einer Zuständigkeitsnorm der EuGVO</i> .....	399
I. Verfahrenshandlungen mit zuständigkeitsrechtlichem Effekt .....	399
II. Zuständigkeit eines potentiellen Hauptsachegerichts .....	400
III. Inhalt der Maßnahmen .....	402
D. <i>Einstweilige Maßnahmen i. S. d. Art. 31 EuGVO (2001)</i> .....	403
I. Definition der einstweiligen Maßnahme .....	403
II. Einschränkung des Art. 31 EuGVO (2001) bei vorläufigen Zahlungsanordnungen .....	405
1. Die Rechtssachen <i>van Uden</i> und <i>Mietz</i> .....	405
2. Reale Verknüpfung .....	405
3. Sicherstellung des vorläufigen Charakters der Maßnahme .....	407
4. Feststellung der internationalen Zuständigkeit in der Entscheidungsbegründung .....	408
5. Stellungnahme .....	408
III. Übertragung auf andere Verfügungstypen .....	409
1. Übertragbarkeit auf andere Verfügungstypen .....	409
2. Dinglicher Arrest und andere dingliche Vermögenssicherungsmaßnahmen .....	411
3. Unterlassungsverfügungen .....	411
4. <i>Freezing injunction</i> und persönlich wirkender Arrest .....	413
5. Beschlagnahme schutzrechtsverletzender Gegenstände .....	415
6. Beweissicherungs- und Beweiszugangsinstrumente .....	415
a) Zuständigkeit der Hauptsachegerichte nicht durchweg ausreichend .....	415
b) Anwendbarkeit des Art. 31 EuGVO (2001) .....	416
c) Die Entscheidung <i>St. Paul Dairy</i> und ihre Konsequenzen ..	417
d) Stellungnahme .....	419
7. Auskunftspflichten .....	421
8. Fazit .....	423
E. <i>Rechtslage unter Geltung der EuGVO (2012)</i> .....	423
I. Anordnungen zur Informationsgewinnung und Beweissicherung ..	423
II. Ausschluss der Anerkennung und Vollstreckung .....	424



III.	Auswirkung auf die Bestimmung der Zuständigkeit . . . . .	424
F.	<i>Zuständigkeit nach autonomem Recht</i> . . . . .	425
G.	<i>Die Europäische Kontenpfändungsverordnung</i> . . . . .	427
I.	Anwendungsbereich und praktische Bedeutung . . . . .	427
II.	Zuständigkeit . . . . .	428
H.	<i>Würdigung</i> . . . . .	428
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen . . . . .	428
1.	Einstweiliger Rechtsschutz vor den Gerichten der Hauptsache . . . . .	428
2.	Rechtsfortbildende Rechtsprechung zu Art. 31 EuGVO (2001) . . . . .	429
3.	Instrumente zu Informationsgewinnung, Beweismittelzugang und -sicherung . . . . .	431
4.	Fehlende Rechtssicherheit . . . . .	431
5.	Babylonische Maßnahmenverwirrung . . . . .	432
6.	Zeitliche Verzögerung durch das Vorabentscheidungsersuchen . . . . .	432
II.	Reform . . . . .	433
§ 12	Verfahrenskoordination im europäischen Rechtsraum . . . . .	435
A.	<i>Potentielle Verfahrensmultiplikation im gewerblichen Rechtsschutz</i> . . . . .	435
B.	<i>Koordination zeitlich paralleler Verfahren</i> . . . . .	436
I.	Motive für Parallelverfahren und Ziele der Verfahrenskoordination . . . . .	436
II.	Die Litispendenzregel in Art. 29 EuGVO . . . . .	437
1.	Die Sperrwirkung des Art. 29 EuGVO . . . . .	437
2.	Die Aufhebung der Sperrwirkung bei Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	438
3.	Voraussetzungen der Litispendenzsperre . . . . .	438
a)	Parteidentität . . . . .	439
b)	Identität von Gegenstand und Grundlage der Rechtssachen . . . . .	441
c)	Begriff der Klage . . . . .	443
d)	Beurteilungszeitpunkt der Priorität . . . . .	444
4.	Torpedos und Strategien zu ihrer Vermeidung . . . . .	445
a)	Die Torpedoproblematik . . . . .	445
b)	Prämissen der Torpedoabwehr . . . . .	446
c)	Torpedoabwehr durch Auslegung oder Neuregelung der Litispendenz . . . . .	448
aa)	Begrenzung der Forumswahl des „natürlichen Beklagten“ . . . . .	448
bb)	Außerachtlassen der Litispendenzsperre bei überlanger Verfahrensdauer . . . . .	450

cc)	Lösung der Rechtshängigkeitssperre aufgrund Rechtsmissbrauchs . . . . .	451
dd)	Vorrangige Prüfungsbefugnis des ausschließlich zuständigen Gerichts . . . . .	452
ee)	Nachrang der negativen Feststellungsklage . . . . .	454
ff)	Beschleunigung der Entscheidung über die internationale Zuständigkeit . . . . .	455
aaa)	Lösung auf Ebene des nationalen, unvereinheitlichten Verfahrensrechts . . . . .	455
bbb)	Aufhebung der Litispendenzsperre nach Zeitüberschreitung . . . . .	456
ccc)	Art. 29 Abs. 2 Kommissionsvorschlag zur Reform der EuGVO . . . . .	457
d)	Rechtspraktische Strategien zur Torpedoabwehr . . . . .	457
aa)	Anti-suit injunctions . . . . .	458
bb)	Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	458
cc)	Aufhebung der Parteidentität . . . . .	460
dd)	Wettrennen zu Gericht . . . . .	461
III.	Aussetzung des Verfahrens gemäß Art. 30 EuGVO . . . . .	461
1.	Grundzüge . . . . .	461
2.	Erfasste Verfahrensarten . . . . .	461
3.	Natur des Klagezusammenhangs . . . . .	462
4.	Ermessensentscheidung des Zweitgerichts . . . . .	463
5.	Bedeutung für Verfahren betreffend gewerblicher Schutzrechte . . . . .	465
IV.	Verfahrenskoordination nach nationalem Verfahrensrecht . . . . .	466
V.	Parallele Verfahren in einem Drittstaat . . . . .	467
C.	<i>Res Iudicata</i> . . . . .	468
I.	Keine explizite Regelung innerhalb der EuGVO . . . . .	468
II.	Das Institut der materiellen Rechtskraft in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten . . . . .	469
III.	Koordination nationaler und unionsautonomer Rechtskraftkonzepte . . . . .	470
1.	Die Rechtskraft als von Amts wegen zu berücksichtigende negative Prozessvoraussetzung . . . . .	470
2.	Berücksichtigung präjudizieller Feststellungen zur Zuständigkeit . . . . .	471
3.	Umfang und Grenzen der Präjudizialität im Übrigen . . . . .	472
4.	Reichweite der negativen Wirkung der Rechtskraft . . . . .	473
5.	Abhängigkeit der materiellen Rechtskraft von der formellen Rechtskraft . . . . .	474
6.	Anerkennungsversagung wegen abweichender Entscheidung . . . . .	475
7.	Fazit . . . . .	475

D.	<i>Die Koordination einstweiliger Maßnahmen</i> .....	476
I.	Keine Litispendenzsperre .....	476
II.	Anerkennung der Rechtskraftwirkung .....	478
III.	Versagung der Anerkennung unvereinbarer Entscheidungen .....	478
IV.	Praktische Folgen .....	479
V.	Entsprechende Anwendung der Verfahrenskordinationsregeln ...	480
VI.	Koordinationsbefugnis des Gerichts der Hauptsache .....	482
VII.	Flexibilität des mitgliedstaatlichen einstweiligen Rechtsschutzes ..	482
E.	<i>Würdigung</i> .....	484
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen .....	484
1.	Rechtshängigkeit und zusammenhängende Verfahren .....	484
2.	Torpedoklagen .....	484
3.	Koordination von Bestands- und Verletzungsverfahren .....	485
4.	<i>Res Iudicata</i> .....	485
5.	Abweichende Streitgegenstandsbegriffe bei Rechtshängigkeit und Rechtskraft .....	486
6.	Die Koordination einstweiliger Maßnahmen .....	486
II.	Reform .....	487
1.	Erkenntnisse aus dem Reformprozess .....	487
2.	Vorschläge <i>de lege ferenda</i> .....	488
§ 13	Sonderregeln in den Verordnungen über die Gemeinschaftsschutzrechte .....	490
A.	<i>Einheitliche Schutzrechte für das Territorium der Europäischen Union</i> .....	490
B.	<i>Gemeinschaftsmarke und Gemeinschaftsgeschmacksmuster</i> .....	491
I.	Gemeinschaftsmarken- und Gemeinschaftsgeschmacksmustergerichte .....	491
II.	Internationale Zuständigkeit für das Hauptsacheverfahren .....	492
1.	Erweiterter Anwendungsbereich gegenüber der EuGVO .....	492
2.	Zuständigkeit der Zentralgerichte .....	493
3.	Zuständigkeit der Gerichte am Verletzungsort .....	495
a)	Anklänge an Art. 7 Nr. 2 EuGVO .....	495
b)	Ausschluss negativer Feststellungsklagen .....	496
c)	Vertragliche Ansprüche .....	496
d)	Ort der Verletzungshandlung .....	496
4.	Gerichtsstandsvereinbarung und rügelose Einlassung .....	498
5.	Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft .....	500

a)	Subsidiäre Anwendung der Zuständigkeitsordnung der EuGVO .....	500
b)	Räumlich-persönliche Anwendungsvoraussetzungen .....	500
c)	Konnexität der Klagen .....	501
6.	Behauptung des Nichtbestands des Gemeinschaftsschutzrechts	502
a)	Grundsätzlicher Ausschluss der Nichtigkeitseinrede .....	502
b)	(Wider-)Klage auf Erklärung des Verfalls oder der Nichtigkeit .....	502
7.	Der Gerichtsstand der Widerklage .....	503
8.	Fehlende Verweisungskompetenz .....	504
III.	Zuständigkeit im einstweiligen Rechtsschutz .....	504
IV.	Koordination zeitlich paralleler Verfahren .....	505
1.	Parallele Verfahren wegen Verletzung eines Gemeinschaftsschutzrechts .....	506
2.	Koordination zeitgleicher Bestandsangriffe .....	506
3.	Aussetzung des Verletzungsverfahrens zwecks Klärung der Bestandsfrage .....	508
a)	Vorrangige Klärung der Bestandsfrage .....	508
b)	Prioritätsprinzip .....	508
V.	<i>Res Iudicata</i> .....	510
1.	Löschung des Gemeinschaftsschutzrechts .....	510
2.	Anerkennung der Rechtskraftwirkung gemäß der EuGVO .....	510
3.	Bindung an die Abweisung eines Bestandsangriffs .....	510
4.	Ausschluss der Restitution .....	512
VI.	Identische oder ähnliche nationale Schutzrechte .....	513
1.	Grundsatz der Koexistenz .....	513
2.	Identität der Schutzrechte, Identität der Waren- bzw. Dienstleistungsklasse .....	513
a)	Erweiterung der Rechtshängigkeits- und Rechtskraftregeln	513
b)	Eigenständiger Streitgegenstandsbegriff .....	514
c)	Territoriale Reichweite der (angestrebten) Entscheidung ..	515
d)	Abschneiden von Sanktionen .....	516
3.	Ähnlichkeit der Schutzrechte oder der Waren- bzw. Dienstleistungsklasse .....	517
C.	<i>Das gemeinschaftliche Sortenschutzrecht</i> .....	517
I.	Subsidiäre Anwendung des Luganer Übereinkommens .....	517
II.	Zuständigkeit .....	517
III.	Verfahrenskoordination .....	518
D.	<i>Würdigung</i> .....	519
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen .....	519
1.	Rechtsschutz durch ein dezentrales Unionsgericht .....	519

2. Ausschließliche sachliche Zuständigkeit spezialisierter Gerichte . . . . .	519
3. Ungleichbehandlung des negativen Feststellungsklägers . . . . .	520
4. Internationale Zuständigkeit für einstweilige Maßnahmen . . . . .	521
5. Koordination zeitlich paralleler Verfahren . . . . .	521
6. Trennungs- bzw. Verbundprinzip . . . . .	521
7. Rechtskraft . . . . .	522
8. Die Gefahr widersprechender Entscheidungen . . . . .	523
II. Reform . . . . .	524
1. Kleinere Korrekturen . . . . .	524
2. Zentrale Unionsgerichte . . . . .	525
§ 14 Die internationale Zustellung . . . . .	527
A. Einführung . . . . .	527
B. Auslandszustellungen gemäß der EuZVO . . . . .	528
I. Anwendungsbereich und Regelungsgegenstand der EuZVO . . . . .	528
II. Vorgesehene Übermittlungswege . . . . .	530
1. Der Rechtshilfeverkehr . . . . .	530
2. Zustellung auf dem Postweg . . . . .	531
3. Die unmittelbare Zustellung im Parteibetrieb . . . . .	532
III. Zurückweisung des Schriftstücks wegen Sprachunkundigkeit . . . . .	533
1. Die Regelung in Art. 8 EuZVO . . . . .	533
2. Anforderungen an Sprachniveau und Übersetzungsqualität . . . . .	536
a) Maßgebliches Sprachniveau . . . . .	536
b) Zu übersetzende Inhalte . . . . .	538
c) Qualitativ unzureichende Übersetzungen . . . . .	539
3. Kritik der Sprachenregelung . . . . .	540
a) Bevorzugung der Interessen des Absenders . . . . .	540
b) Rechtsunsicherheit . . . . .	542
c) Stärkung der Position des Zustellungsadressaten	
<i>de lege lata</i> . . . . .	543
aa) Die Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache	
<i>Leffler</i> . . . . .	543
bb) Missbräuchliches Verhalten des	
Zustellungsveranlassers . . . . .	543
cc) Fristwahrung und Wiedereinsetzung in den	
vorigen Stand . . . . .	544
dd) Frist für die Nachsendung der Übersetzung . . . . .	545
IV. Die Bestimmung des Zustellungszeitpunkts . . . . .	545
V. Anhängigkeit des Verfahrens . . . . .	546

C.	<i>Effektive und fiktive Inlandszustellungen</i> .....	547
I.	Anwendungsbereich der Verordnung und Effektivitätsgrundsatz des Unionsrechts .....	547
II.	Fiktive Inlandszustellung bei bekanntem Wohnsitz des Adressaten	548
III.	Effektive Inlandszustellung bei bekanntem Auslandswohnsitz ....	550
IV.	Fiktive Inlandszustellung bei unbekannter Adresse .....	552
D.	<i>Die Heilung von Zustellungsmängeln</i> .....	553
I.	Die prinzipielle Möglichkeit der Heilung von Verstößen gegen die EuZVO .....	553
II.	Autonomer Europäischer Heilungsgrundsatz .....	554
III.	Bestimmung des für die Heilung anwendbaren Rechts .....	555
	1. Recht des Urteils-, Übermittlungs- oder Empfangsstaates? ...	555
	2. Unmaßgeblichkeit von Zustellungsfehlern aufgrund anderer Ereignisse .....	556
	3. Heilung von Zustellungsfehlern durch tatsächliche Kenntnisnahme .....	556
IV.	Nichteinlassung des Beklagten .....	558
V.	Fazit .....	560
E.	<i>Vereinheitlichung der Zustellungsmodalitäten in anderen Verordnungen</i> .....	561
I.	Die Verordnungen der zweiten Generation .....	561
II.	Die Verordnung über den Europäischen Vollstreckungstitel .....	562
	1. Bestätigung als Europäischer Vollstreckungstitel durch das Erstgericht .....	562
	2. Inhalt der Mindestvorschriften .....	563
	3. Die Heilung von Zustellungsfehlern .....	565
	4. Das Verhältnis zwischen EuZVO und EuVTVO .....	565
III.	Das Europäische Mahnverfahren .....	566
IV.	Das Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen .....	568
V.	Fazit .....	570
F.	<i>Würdigung</i> .....	571
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen ....	571
	1. Zustellung an im Ausland ansässige Personen .....	571
	a) Fakultativer Rechtshilfeverkehr .....	572
	b) Notwendigkeit einer Auslandszustellung .....	572
	c) Das Sprachrisiko .....	573
	d) Zustellungszeitpunkt .....	574
	e) Die Heilung von Zustellungsfehlern .....	574

f) Der Europäische Gerichts atlas . . . . .	574
2. Vereinheitlichung der Zustellungsformen . . . . .	575
II. Reform . . . . .	576
1. Änderungen der EuZVO . . . . .	576
a) Abgrenzung von Inlands- und Auslandszustellung . . . . .	576
b) Verbesserung der Übermittlungswege . . . . .	576
c) Das Zurückweisungsrecht wegen Sprachunkundigkeit . . . . .	577
d) Das Problem der Sprachenvielfalt . . . . .	578
e) Heilung von Zustellungsfehlern . . . . .	579
2. Änderungen in EuVTVO, EuMahnVO und EuGFVO . . . . .	580
3. Perspektiven . . . . .	580
§ 15 Zugang zu im Ausland belegenen Beweismitteln . . . . .	582
A. <i>Beweisaufnahme und Beweismittelzugang in grenzüberschreitenden Verfahren</i> . . . . .	582
B. <i>Aktive und passive Rechtshilfe gemäß der EuBVO</i> . . . . .	584
I. Anwendungsbereich der EuBVO . . . . .	584
1. Rechtshilfeersuchen zwischen mitgliedstaatlichen Gerichten . . . . .	584
2. Definition des Begriffs „Beweisaufnahme“ . . . . .	585
3. Beschaffung und Sicherstellung eines Beweismittels . . . . .	586
II. Adressat, Form und Inhalt des Rechtshilfeersuchens . . . . .	588
III. Unmittelbare Beweisaufnahme des Prozessgerichts im Ausland . . . . .	590
IV. Ersuchen um aktive Rechtshilfe durch ein ausländisches Gericht . . . . .	593
1. Ersuchen . . . . .	593
2. Erledigung des Beweisersuchens . . . . .	594
a) Anwendbares Verfahrensrecht . . . . .	594
b) Anwesenheitsrechte der Parteien und Parteibeteiligung . . . . .	595
c) Beteiligung des ersuchenden Gerichts . . . . .	596
d) Erledigungsfrist und Übersendung des Ergebnisses der Beweisaufnahme . . . . .	597
3. Gründe, die zur Nichterledigung des Ersuchens berechtigen . . . . .	598
a) Aussage- und sonstige Verweigerungsrechte . . . . .	598
b) Formale Ablehnungsgründe . . . . .	599
4. Dem Rechtshilfegericht unbekanntes Verfahrensinstitute . . . . .	600
a) Problemstellung . . . . .	600
b) Erledigung des Ersuchens fällt nicht in den Bereich der Gerichtsgewalt . . . . .	601
c) Unvereinbarkeit der Verfahrensform mit dem Recht des Rechtshilfestaates . . . . .	602
aa) Anwendbarer Maßstab . . . . .	602

bb)	Beispiele für Vereinbarkeit ausländischer Formen mit dem deutschen Recht . . . . .	603
cc)	Beispiele für Vereinbarkeit ausländischer Formen mit dem englischen Recht . . . . .	605
d)	Entgegenstehende tatsächliche Schwierigkeiten . . . . .	606
e)	Modifizierte Ausführung des Rechtshilfeersuchens . . . . .	608
5.	Allgemeine Beweisbeschaffungspflichten . . . . .	609
V.	Maßnahmen im Vorfeld der Verfahrenseinleitung . . . . .	611
VI.	Rechtsschutz gegen rechtswidrige Ablehnungsentscheidungen . . . . .	612
C.	<i>Beweisaufnahme und Beweismittelimport außerhalb der EuBVO</i> . . . . .	613
I.	Keine Exklusivität der EuBVO . . . . .	613
II.	Einzelbeispiele . . . . .	614
1.	Anordnungen an die Parteien zur extraterritorialen Beweisbeschaffung . . . . .	614
a)	Materiellrechtliche Editionsspflichten . . . . .	614
b)	Prozessuale Vorlagepflichten . . . . .	615
2.	Befunderhebungen im Ausland durch gerichtlich beauftragte Sachverständige . . . . .	617
a)	Aus der EuBVO ableitbares Souveränitätsverständnis der Mitgliedstaaten . . . . .	617
b)	Die Rechtssache <i>ProRail</i> . . . . .	618
c)	Erzwingung des Zugangs zu ausländischen Räumlichkeiten . . . . .	619
d)	Konsequenzen für die unmittelbare Beweisaufnahme des Gerichts . . . . .	620
3.	Zeugen- oder Parteivernahme im Wege der Videokonferenz . . . . .	620
4.	Aufforderung einer im Ausland ansässigen Aussagepersonen zur Aussage . . . . .	621
5.	An Dritte gerichtete Anordnungen zur Beweismittelvorlage . . . . .	622
D.	<i>Würdigung</i> . . . . .	623
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen . . . . .	623
1.	Effektivität der Rechtshilfe und Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme . . . . .	623
2.	Beweissicherung . . . . .	624
3.	Schutz der zur Aussage bzw. Beweismittelvorlage verpflichteten Person . . . . .	624
4.	Schutz vor der Offenbarung von Geschäftsgeheimnissen . . . . .	625
5.	Keine Regelung des Beweismittelimports . . . . .	625
6.	Erzwingung des Zugangs zu im Ausland belegenem Räumlichkeiten . . . . .	626



7.	Zweckbindung der erlangten Informationen .....	627
II.	Reform .....	628
1.	Stärkung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes .....	628
2.	Regelung des Beweismittelimports .....	629
3.	Durchsuchung und Besichtigung von Räumlichkeiten .....	630
§ 16	Urteilsfreizügigkeit .....	631
A.	<i>Die Urteilsfreizügigkeit als Motor der Harmonisierung</i> .....	631
B.	<i>Bedürfnis der Vollstreckung im Ausland</i> .....	633
C.	<i>Die Urteilsfreizügigkeit im System der EuGVO</i> .....	635
I.	Anerkennung der Entscheidungen von Gerichten anderer Mitgliedstaaten .....	635
1.	Prinzip der <i>ipso iure</i> -Anerkennung .....	635
2.	Definition des Gerichts .....	635
3.	Die Möglichkeit kontradiktorischer Erörterung .....	636
a)	Rechtsprechung des EuGH zum EuGVÜ .....	636
b)	Übertragung der <i>Denilauler</i> -Prinzipien auf die Auslegung der EuGVO (2001) .....	638
c)	Rechtslage unter Geltung der EuGVO (2012) .....	639
d)	Urteilswirkungen gegenüber nicht gehörten Dritten .....	640
4.	Einstweilige Maßnahmen eines in der Hauptsache nicht zuständigen Gerichts .....	641
a)	Freizügigkeit einstweiliger Entscheidungen des Eilgerichts in der EuGVO (2001) .....	641
b)	Aberkennung der Freizügigkeit durch Art. 2 lit. a EuGVO (2012) .....	642
5.	Entscheidungsinhalt .....	643
6.	Wirkung der Anerkennung .....	645
II.	Das Exequaturverfahren der EuGVO (2001) .....	646
III.	Verzicht auf das Exequaturverfahren in der EuGVO (2012) .....	647
1.	Unmittelbare Vollstreckbarkeit in anderen EU-Mitgliedstaaten .....	647
2.	Recht des Schuldners auf Vorlage einer Übersetzung .....	647
3.	Vollstreckung von Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes .....	648
4.	Zulässigkeit eines mitgliedstaatlichen Klauselerfordernisses ..	649
IV.	Vollstreckung ausländischer Entscheidungen .....	649
1.	Schwierigkeiten bei der Vollstreckung ausländischer Entscheidungen .....	649
2.	Vollstreckbarkeit nach dem Recht des Ursprungsstaates .....	650
3.	Konkretisierung des Titels .....	652

4.	Anpassung der Entscheidung an das Recht des Vollstreckungsstaates . . . . .	654
5.	Maßgeblichkeit der <i>lex loci executionis</i> . . . . .	656
V.	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zwangsgelder . . . . .	657
1.	Zwangsgeld zugunsten des Gläubigers . . . . .	657
2.	Zwangsgeld zugunsten der Staatskasse . . . . .	659
3.	Kumulation der Zwangsgelder . . . . .	661
4.	Akzessorietät der Zwangsgeldanordnung . . . . .	662
5.	Unionsweite Wirkung ausländischer Zwangsmaßnahmen . . . . .	663
VI.	Versagung der Anerkennung und Vollstreckung . . . . .	665
1.	Enumeration der Anerkennungsversagungsgründe . . . . .	665
2.	Sicherung der ausschließlichen und halbzwingenden Gerichtsstände . . . . .	666
3.	Fehler bei der Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks . . . . .	668
a)	Praktische Bedeutung . . . . .	668
b)	Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks . . . . .	669
c)	Nichteinlassung des Beklagten . . . . .	671
d)	Vorrang der Überprüfung im Ursprungsstaat . . . . .	672
4.	Verstoß gegen den <i>ordre public</i> . . . . .	673
a)	Die Bedeutung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts im Rahmen der EuGVO . . . . .	673
b)	Leitlinien des EuGH zur Versagung des rechtlichen Gehörs bei <i>contempt of court</i> . . . . .	675
c)	Verletzung des deutschen <i>ordre publics</i> . . . . .	678
aa)	Beurteilungsmaßstab . . . . .	678
bb)	Legitimes Ziel der Verfahrensförderung . . . . .	679
cc)	<i>Ordre public</i> -Verstoß bei reiner Beugemaßnahme . . . . .	681
5.	Titelkollision . . . . .	682
VII.	Fazit . . . . .	684
D.	<i>Die Freizügigkeit Europäischer Vollstreckungstitel</i> . . . . .	686
I.	Systemwechsel gegenüber der EuGVO (2001) . . . . .	686
II.	Entscheidungen über unbestrittene Geldforderungen in Zivil- und Handelssachen . . . . .	687
III.	Anerkennung . . . . .	689
IV.	Verlagerung der Vollstreckbarerklärung auf die Gerichte des Ursprungsstaates . . . . .	690
1.	Verfahren . . . . .	690
2.	Inhaltliche Voraussetzungen für die Erteilung der Bestätigung . . . . .	690
V.	Vollstreckung im Zweitstaat . . . . .	693

VI.	Alternativität der Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungs-systeme . . . . .	694
VII.	Fazit . . . . .	696
	1. Verlagerung und Verwässerung der Entscheidungskontrolle . . .	696
	2. Konsequenzen für die einheitliche Auslegung des Unionsrechts	699
E.	<i>Der Europäische Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung</i> . . . . .	700
I.	Erleichterte Freizügigkeit gegenüber der EuGVO . . . . .	700
II.	Verfahren . . . . .	701
III.	Der Zugang zu Kontoinformationen . . . . .	702
IV.	Anerkennung und Vollstreckung . . . . .	703
V.	Rechtsbehelfe und Haftung des Gläubigers . . . . .	704
VI.	Fazit . . . . .	705
F.	<i>Würdigung der Regelungen zur Urteilsfreizügigkeit</i> . . . . .	708
I.	Angemessene Berücksichtigung der prozessualen Interessen . . . . .	708
	1. Urteilsfreizügigkeit . . . . .	708
	2. Überprüfung der Zuständigkeit . . . . .	710
	3. Sicherung des rechtlichen Gehörs . . . . .	712
	a) Überprüfung des im Erkenntnisverfahren gewährten rechtlichen Gehörs . . . . .	712
	b) Zustellung einer Übersetzung vor einer Auslandsvollstreckung . . . . .	714
	4. Materiellrechtlicher <i>ordre public</i> . . . . .	714
	5. Unvereinbarkeit von Entscheidungen . . . . .	715
	6. Die Option der Systemwahl . . . . .	716
	a) Die Wahl zwischen EuGVO und EuVTVO . . . . .	716
	b) Die Wahl zwischen EuGVO und EuKtPVO . . . . .	718
	7. Das Risiko der Doppelvollstreckung . . . . .	718
II.	Reform . . . . .	719
	1. Erkenntnisse aus der Reform der EuGVO . . . . .	719
	2. Vorschläge <i>de lege ferenda</i> . . . . .	721
	a) Nicht auf Geldleistung gerichtete Titel . . . . .	721
	b) Stärkung des rechtlichen Gehörs im Rahmen der EuVTVO	721
	c) Das Risiko der Doppelvollstreckung . . . . .	721
§ 17 Bewertung des Europäischen Internationalen Zivilverfahrensrechts . . . . .		723
A.	<i>Effektivität des Rechtsverkehrs innerhalb der Europäischen Union</i> . . . . .	723

B.	<i>Das Verhältnis zwischen Effektivität und Parteienschutz</i> . . . . .	724
C.	<i>Die Einführung von Mindeststandards</i> . . . . .	727
D.	<i>Systemstörende Eingriffe in das nationale Verfahrensrecht</i> . . . . .	727
E.	<i>Unklare völkerrechtliche Schranken</i> . . . . .	728
F.	<i>Lost in Translation</i> . . . . .	729
G.	<i>Kohärenz der Rechtsakte</i> . . . . .	729
H.	<i>Regelungsscheu des Ordnungsgebers</i> . . . . .	732
I.	<i>Das Vorabentscheidungsersuchen im Zivilprozess</i> . . . . .	733
	I. Herausforderungen der Entscheidungsfindung . . . . .	733
	II. Der Entscheidungsstil des EuGH . . . . .	734
	III. Natur des Vorabentscheidungsersuchens . . . . .	736
	1. Zwischenstreit im Ausgangsverfahren . . . . .	736
	2. Objektives Normauslegungsverfahren . . . . .	736
	3. Mittelbares Kassationsverfahren . . . . .	738
	IV. Förderung des Gerichtsdialogs durch ein System doppelter Kontrolle . . . . .	739
J.	<i>Ergebnis</i> . . . . .	739
K.	<i>Perspektiven</i> . . . . .	739
	I. Die Justizagenda 2020 . . . . .	739
	II. Perspektiverweiterung . . . . .	740
	III. Die Kodifikation des Europäischen Zivilverfahrensrechts . . . . .	741
	IV. Die Organisation der zentralen Unionsgerichtsbarkeit . . . . .	742

#### 4. Teil

### Ein einheitlicher Streitregelungsmechanismus für Europäische Patente

§ 18	<i>Der Unified Patent Court</i> . . . . .	747
A.	<i>Das Ziel eines einheitlichen Streitregelungsmechanismus</i> . . . . .	747
B.	<i>Der lange Weg zum Einheitspatent und zum UPCA</i> . . . . .	748
	I. Das Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente . . . . .	748
	II. Das gescheiterte Übereinkommen über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt . . . . .	749

III.	Halt auf halber Strecke: das European Patent Litigation Agreement .....	750
IV.	Der Vorschlag für eine Verordnung über das Gemeinschaftspatent aus dem Jahr 2000 .....	751
V.	Neuaufnahme des Projekts Einheitspatent und Vorschlag eines EUUPC-Übereinkommens .....	751
VI.	Das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit und das UPCA ..	752
C.	<i>Überblick über das Patentpaket</i> .....	753
I.	Die Verordnung über das Einheitspatent .....	753
II.	Die Verordnung über die anzuwendenden Übersetzungsregelungen	755
III.	Das Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht .....	757
1.	Gerichtsorganisation und grundlegendes Zuständigkeitskonzept .....	757
2.	Weitere Regelungsgegenstände .....	759
IV.	Inkrafttreten des Patentpakets und unregelte Aspekte .....	760
V.	Vereinbarkeit des Patentpakets mit dem Primärrecht .....	761
D.	<i>Die Zuständigkeit des Unified Patent Court</i> .....	764
I.	Aufnahme der Arbeit durch den UPC .....	764
II.	Internationale Zuständigkeit .....	764
III.	Sachliche Zuständigkeit .....	766
IV.	Zeitlicher Anwendungsbereich .....	767
V.	Interne Zuständigkeit in erster Instanz .....	768
1.	Die Kammern der ersten Instanz .....	768
2.	Prorogationsfreiheit .....	770
3.	Verletzungsverfahren, einstweilige Maßnahmen und Verfügungen .....	770
a)	Wahlrecht des Klägers .....	770
b)	Wahlrecht des Beklagten .....	772
4.	Bestandsverfahren und negative Feststellungsklage .....	772
5.	Nichtigkeitswiderklage .....	773
a)	Ermessensfreiheit zwischen Einheits- und Trennungsprinzip .....	773
b)	Drittwiderklage im Verletzungsverfahren .....	774
c)	Der Einwand der Nichtigkeit .....	774
6.	Klageerhebung vor einer unzuständigen Kammer .....	774
7.	Koordination zeitlich paralleler Verfahren .....	775
a)	Grundsätzliche Verfahrensbündelung bei einer Kammer ..	775
b)	Geduldete Verfahrensparellität .....	776
8.	Kritik .....	777

E.	<i>Das Verfahrensrecht des Unified Patent Court</i> .....	779
I.	Leitziele und allgemeine Verfahrensgrundsätze .....	779
II.	Die Parteien und ihre Vertreter .....	780
	1. Partei- und Prozessfähigkeit, Prozessführungsbefugnis und Postulationsfähigkeit .....	780
	2. Streitgenossenschaft, Parteierweiterung und -wechsel, Intervention .....	780
	3. Kritik .....	782
III.	Überblick über das Verfahren vor der ersten Instanz .....	783
	1. Konzentrationsmaxime .....	783
	2. Das schriftliche Verfahren .....	784
	3. Das Zwischenverfahren .....	785
	4. Das mündliche Verfahren .....	786
	5. Das Höheverfahren .....	787
	6. Das Kostenverfahren .....	787
	7. Beweislast und Beweisaufnahme .....	787
	8. Kritik .....	789
IV.	Beendigung des Verfahrens erster Instanz .....	790
V.	Berufung und Wiederaufnahme .....	791
VI.	Bewahrung des Status Quo im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes .....	792
	1. Verfügbare Maßnahmen .....	792
	2. Ablauf des Verfahrens .....	794
	3. Entscheidung des Gerichts .....	795
	a) Bedeutung der materiellen Rechtslage und Abwägung der Parteiinteressen .....	795
	b) Maßnahmen gegenüber Mittelspersonen .....	796
	4. Schutz des Antragsgegners und dritter Personen .....	796
	5. Beschleunigung der Bestandswiderklage vor der Zentralkammer .....	798
	6. Kritik .....	798
VII.	Zugang zur Informationen aus der Sphäre der gegnerischen Partei	800
	1. Beweismittelvorlage im Prozess .....	800
	2. Bucheinsichtsrecht .....	801
	3. Auskunft .....	802
	a) Unklare Qualifikation der Verpflichtung zur Auskunft ...	802
	b) Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Art. 67 UPCA ...	802
	c) Voraussetzungen und Rechtsfolgen der r. 191 VerfO <sup>17</sup> ...	803
	d) Anordnungen gegenüber dritten Personen .....	803
	4. Beweismittelsicherung und Inspektion von Räumlichkeiten ...	804
	5. Kritik .....	805

VIII. Zustellung . . . . .	807
1. Vorrang der elektronischen Übermittlung . . . . .	807
2. Kritik . . . . .	809
IX. Die Sprachproblematik . . . . .	810
X. Vollstreckung . . . . .	811
XI. Sonstiges . . . . .	813
F. <i>Würdigung</i> . . . . .	813
I. Errichtung eines einheitlichen Gerichts außerhalb der Strukturen der Europäischen Union . . . . .	813
II. Effizientes Handelsverfahren . . . . .	815
III. Schnittstellen zwischen staatlicher und überstaatlicher Justizgewähr . . . . .	816
IV. Spaltung der Verfahrensregeln . . . . .	817
V. Lücken . . . . .	819
VI. Breiter Ermessensspielraum der Kammern . . . . .	820
VII. Die fehlende Parteigerechtigkeit . . . . .	821
VIII. Fazit . . . . .	821

### 5. Teil

#### Thesen

§ 19 Thesen . . . . .	827
-----------------------	-----

### Anhang

Das englische Zivilverfahrensrecht . . . . .	837
A. <i>Rechtsquellen</i> . . . . .	837
B. <i>Leitbild der Civil Procedure Rules</i> . . . . .	838
C. <i>Zuständigkeit der Gerichte</i> . . . . .	839
D. <i>Vorprozessuales Verhalten</i> . . . . .	841
E. <i>Ablauf des Hauptsacheverfahrens in erster Instanz</i> . . . . .	842
I. Einleitung des Verfahrens . . . . .	842
II. Das Vorverfahren . . . . .	843
1. Verfahrenssteuerung durch das Gericht . . . . .	843

2.	Informationsaustausch zwischen den Parteien .....	844
3.	Zusammenstellung der Prozessakte .....	845
III.	Die Hauptverhandlung .....	845
1.	Grundsätze und Ablauf der Hauptverhandlung .....	845
2.	Die Vernehmung von Zeugen .....	847
3.	Die Anhörung von Sachverständigen .....	847
4.	Beweisbedürftigkeit ausländischen Rechts .....	848
5.	Verpflichtungserklärungen der Parteien .....	849
IV.	Das Höheverfahren .....	849
E.	<i>Das stromlinienförmige Verfahren</i> .....	850
G.	<i>Der small claims track im Intellectual Property Enterprise Court</i> .....	850
H.	<i>Besondere Verfahrensarten</i> .....	851
I.	Einstweiliger Rechtsschutz .....	851
II.	Mahnverfahren .....	851
III.	Säumnis einer Partei .....	851
IV.	<i>Summary Judgment</i> .....	852
V.	<i>Striking out a case</i> .....	853
I.	<i>Rechtsmittel</i> .....	853
J.	<i>Verfahrensdauer und Kosten</i> .....	854
K.	<i>Urteilstvollstreckung</i> .....	856
	 Abkürzungsverzeichnis .....	 857
	 Literaturverzeichnis .....	 863
	 Datenbanken .....	 909









*1. Teil*

# Grundlagen



# § 1 Der Gewerbliche Rechtsschutz und das Europäische Zivilverfahrensrecht

## A. Zielsetzung

Der Zivilprozess dient der Feststellung und Durchsetzung subjektiver Rechte, 1  
übt eine wichtige Funktion bei der Erhaltung des Rechtsfriedens aus und  
gewährleistet über den einzelnen Rechtsstreit hinausgehend die Einheit der  
Rechtsordnung. In einer Staatengemeinschaft mit einheitlichem Binnenmarkt  
und zunehmender Harmonisierung des Privatrechts liegt die Frage auf der  
Hand, ob auch die Durchsetzungsbedingungen des harmonisierten materiellen  
Rechts vereinheitlicht werden sollten bzw. ob der einheitliche Wirtschaftsraum  
von einem einheitlichen Streitregelungsmechanismus profitieren könnte. Aus  
unionspolitischer Sicht scheint die Antwort klar: Seit der Sondertagung des  
Europäischen Rates in Tampere im Jahr 1999 hat sich das Internationale Zivil-  
verfahrensrecht zu einem wesentlichen Politikfeld der Europäischen Union  
entwickelt, die Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission zielen  
regelmäßig auf eine Regelung des Zivilverfahrensrechts mit und ohne grenz-  
überschreitenden Bezug, und die Errichtung eines einheitlichen, gemeinsamen  
Patentgerichts nahezu aller Mitgliedstaaten befindet sich in Vorbereitung.

Im Rahmen dieser Arbeit soll drei zentralen Fragen der Harmonisierung 2  
nachgegangen werden: Inwieweit erstreckt sich die Rechtssetzungsbefugnis  
der Europäischen Union auf Rechtsakte zur Vereinheitlichung des Zivilver-  
fahrensrechts? Wiegen die Vorteile der Harmonisierung die systemstörenden  
Auswirkungen auf, welche aus punktuellen Eingriffen in die mitgliedstaatlichen  
Verfahrensordnungen resultieren? Und schließlich: Auf welchem Wege  
sollte eine Vereinheitlichung gegebenenfalls vorangetrieben werden?

Das Sachgebiet des Gewerblichen Rechtsschutzes eignet sich aufgrund seiner 3  
Vorreiterstellung in besonderem Maße zur Untersuchung der Materie. Erstens  
war die sektorspezifische Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte  
des geistigen Eigentums (DRL) der erste Rechtsakt des Unionsrechts, welcher  
in seinem Kernbestand Vorgaben zur Ausgestaltung des Zivilverfahrensrechts  
der Mitgliedstaaten ohne grenzüberschreitende Bezüge enthielt.<sup>1</sup> Die Richtlinie

---

<sup>1</sup> Erst deutlich später erlassen wurden die Richtlinie 2009/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über Unterlassungsklagen zum Schutz der

zu Schadensersatzklagen im Kartellrecht<sup>2</sup> sowie der Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über den Schutz vertraulichen Know-hows<sup>3</sup> lassen erkennen, dass der Durchsetzungsrichtlinie eine Vorbildfunktion für künftige zivilverfahrensrechtliche Bestimmungen des Unionsrechts zukommen dürfte.<sup>4</sup> Zweitens eignen sich Streitigkeiten zur Durchsetzung gewerblicher Schutzrechte in besonderem Maße zur Illustration bestimmter Anwendungsprobleme auf dem Gebiet des Internationalen Zivilverfahrensrechts, auf welchem das Unionsrecht bereits eine deutlich höhere Regelungsichte aufweist. Bei der jüngst erfolgten Revision der Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung in Zivil- und Handelssachen (EuGVO)<sup>5</sup> hat das Gebiet des Gewerblichen Rechtsschutzes als einzige sachrechtliche Materie Hervorhebung in den Vorbereitungsarbeiten der Europäischen Kommission gefunden.<sup>6</sup> Drittens soll mit dem Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht (*Unified Patent Court – UPC*)<sup>7</sup> erstmals ein eigenständiges europäisches Fachgericht auf dem Gebiet des Zivilrechts geschaffen werden. Die Errichtung des UPC beruht zwar nicht auf einem Rechtsakt der Europäischen Union,<sup>8</sup> doch wird der UPC als gemeinsames Gericht der durch das Übereinkommen gebundenen Mitgliedstaaten errichtet, fungiert somit als dezentrales Unionsgericht und ist verpflichtet, bei Zweifeln über die Auslegung des Unionsrechts Vorabentscheidungsersuchen an den Europäischen Gerichtshof zu richten.

---

Verbraucherinteressen, ABl. Nr. L 110/30 v. 01.05.2009 sowie die Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, ABl. Nr. L 349/1 v. 05. 12. 2014.

<sup>2</sup> Art. 5 der Richtlinie über Schadensersatzklagen bei Verstößen gegen das Kartellrecht (vorige Fn.).

<sup>3</sup> Insbesondere Art. 5, 9 bis 14 des Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung v. 28. 11. 2013, KOM (2013) 813. Zu Forderungen einer weiteren Angleichung an die Durchsetzungsrichtlinie siehe *Kunz-Hallstein/Loschelder*, Stellungnahme der GRUR v. 19. 03. 2014, S. 12; *MPI für Innovation und Wettbewerb*, Stellungnahme v. 12. 05. 2014, Rn. 56 f.

<sup>4</sup> *Heinze*, JZ 2011, 709 (715); *Hess*, EuZPR, § 11 Rn. 27, 43.

<sup>5</sup> Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), ABl. Nr. L 351/1 v. 20. 12. 2012.

<sup>6</sup> Grünbuch der Europäischen Kommission v. 21. 04. 2009: Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, KOM (2009) 175, S. 6; siehe auch *Schlosser* in *Hess/Pfeiffer/Schlosser*-Bericht, Rn. 791 ff. Zur prominenten Rolle des gewerblichen Rechtsschutzes im europäischen IZVR auch *Bittmann*, IPRax 2012, 414.

<sup>7</sup> Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht, ABl. Nr. C 175/1 v. 20. 06. 2013.

<sup>8</sup> Zu den Gründen siehe § 18 Rn. 24.

## B. Ubiquität und Territorialität gewerblicher Schutzrechte

### I. Gewerbliche Schutzrechte im Spannungsfeld zwischen Territorialität und Globalität

Gewerbliche Schutzrechte sind Immaterialgüterrechte, die auf technischem oder nicht-technischem Gebiet einer Person zur gewerblichen Nutzung zugeordnet werden. Immaterialgüter sind von Natur aus ubiquitär, d. h. sie können von verschiedenen Personen zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten entwickelt und genutzt werden.<sup>9</sup> Rechtscharakter und Schutz wird ihnen erst durch staatliche Zuordnung bzw. (bei Registerrechten) Erteilung gewährt, welche überwiegend nach dem Prinzip zeitlicher Priorität erfolgt und auf das Gebiet des Schutzrechtsstaates beschränkt ist.<sup>10</sup> Außerhalb des Territoriums des Schutzrechtsstaates entfaltet das gewerbliche Schutzrecht keine Wirkung (sog. Territorialitätsprinzip).<sup>11</sup> Als Folge des Territorialitätsprinzips ist eine Verletzung des Schutzrechts prinzipiell nur durch Handlungen im Schutzrechtsstaat möglich.<sup>12</sup> Identische Schutzrechte in verschiedenen Schutzrechtsstaaten existieren unabhängig voneinander und können verschiedenen Inhabern zugeordnet sein.

Die negativen Auswirkungen des Territorialitätsprinzips auf den weltweiten Handels- und Dienstleistungsverkehr haben bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu einer staatsvertraglichen Kooperation im Wege der Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ) geführt,<sup>13</sup> weitere internationale Abkommen folgten.<sup>14</sup> Diese Staatsverträge mildern die negativen Konsequenzen des Territorialitäts-

<sup>9</sup> Schönherr in FS Troller, S. 62 f.; Schack, UrhR, Rn. 20 f.

<sup>10</sup> Troller, Immaterialgüterrecht, S. 49 ff. Zur Entwicklung des Immaterialgüterrechts siehe Troller a. a. O., S. 15 ff.

<sup>11</sup> Zu Ursprung und Kritik des Territorialitätsprinzips siehe Schack, UrhR, Rn. 905 ff.

<sup>12</sup> EuGH v. 22.06.1994 – C-9/93 – Slg. 1994, I-2789 (*Ideal Standard II*), Rn. 22; EuGH v. 14.07.2005 – C-192/04 – Slg. 2005, I-7199 (*Lagardère*), Rn. 46; BGH v. 25.04.2012 – I ZR 235/10 – GRUR 2012, 1263 (1264) (*Clinique Happy*); *Grabinski*, GRUR Int. 2001, 199 (204); *Hye-Knudsen*, S. 70 f.; *Nagel/Gottwald*, IZPR, § 3 Rn. 85; jeweils m. w. N.

<sup>13</sup> Pariser Verbandsübereinkunft v. 20.03.1883, <<http://www.wipo.int/treaties/en>>. Auf dem Gebiet des Urheberrechts stellt die (Revidierte) Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 09.09.1886 das Gegenstück zum PVÜ dar.

<sup>14</sup> Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken v. 14.04.1891 (MMA) sowie Protokoll zum Madrider Markenabkommen v. 17.06.1989 (MMP); Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle v. 06.11.1925 (HMA); Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens v. 19.06.1976 (Patent Cooperation Treaty, PCT); Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen v. 02.12.1961 (PflZÜ)). Text und Ratifikationsstatus dieser Staatsverträge sind zugänglich unter <<http://www.wipo.int/treaties/en>>. Mindeststandards des materiellen Schutzes und der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums enthält schließlich das Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS).



prinzips, zementieren das Prinzip dadurch aber auch: Nationale Schutzrechte werden als voneinander unabhängig deklariert,<sup>15</sup> und den Staatsbürgern und Ansässigen anderer Verbandsländer wird Inländergleichbehandlung gewährt.<sup>16</sup> Ferner verpflichten sich die Verbandsländer zur Einhaltung gewisser schutzrechtlicher Mindeststandards,<sup>17</sup> zudem wird eine Identität der Schutzrechtsinhaber in verschiedenen Verbundstaaten durch das Prioritätsrecht des Art. 4 PVÜ<sup>18</sup> sowie durch eine Möglichkeit der internationalen Registrierung gefördert.<sup>19</sup>

- 6 Sind die rechtlichen Probleme, welche das Territorialitätsprinzip für den weltweiten Handel- und Dienstleistungsverkehr aufwirft, somit altbekannt, so haben sie sich doch in den vergangenen Jahrzehnten potenziert. Dies lässt sich einerseits auf die zunehmende Globalisierung der Märkte, andererseits auf die zunehmend ubiquitäre Natur der Kommunikationsmittel zurückführen. Für den europäischen Binnenmarkt stellen gewerbliche Schutzrechte deshalb eine besondere Herausforderung dar.

## II. Die Harmonisierung des Gewerblichen Rechtsschutzes innerhalb der EU

- 7 Gewerbliche Schutzrechte sind Hemmnis und Motor des Binnenmarkts zugleich. Aufgrund der soeben beschriebenen territorialen Beschränkung gewerblicher Schutzrechte wirken diese einerseits als „Störenfriede“ im gemeinsamen Markt und lassen den Binnenmarkt aus immaterialgüterrechtlicher Sicht in die einzelnen Märkte der Mitgliedstaaten zerfallen.<sup>20</sup> Das mit der Erteilung eines gewerblichen Schutzrechts verbundene Ausschließlichkeitsrecht begründet zudem eine Monopolstellung, die über den spezifischen Gegenstand des Schutzrechts hinausgehend genutzt werden kann, um den Wettbewerb im Binnenmarkt zu behindern.<sup>21</sup> Andererseits wird der durch gewerbliche Schutzrechte bewirkte Innovations- und Investitionsschutz als wichtiger Faktor angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu sichern,

<sup>15</sup> Art. 4<sup>bis</sup> Abs. 1 PVÜ.

<sup>16</sup> Art. 2 Abs. 1, 3 PVÜ; Art. 3 Abs. 1 TRIPS.

<sup>17</sup> Art. 1 bis 12, 19 PVÜ, Art. 9 bis 27 TRIPS.

<sup>18</sup> Der Anmelder eines Schutzrechts in einem Verbandsstaat genießt danach in einem anderen Verbandsstaat ein sechs- bzw. zwölfmonatiges Prioritätsrecht für die Erteilung weiterer Schutzrechte.

<sup>19</sup> Art. 1 Abs. 2 MMA; Art. 4 Abs. 1 HMA; Art. 3 PCT (Fn. 14).

<sup>20</sup> *Obly*, ZEuP 2004, 296; *Ullrich in Behrens*, Stand und Perspektiven, S. 41 ff.

<sup>21</sup> EuGH v. 13.07.1966 – 56/64 – Slg. 1966, 321 (*Grundig*), S. 393 f.; EuGH v. 14.09.1982 – 144/81 – Slg. 1982, 2853 (*Keurkoop*), Rn. 28; EuGH v. 05.10.1988 – 238/87 – Slg. 1988, 6211 (*Volvo*), Rn. 9; *Weiß in Callies/Ruffert*, EUV/AEUV, Art. 101 AEUV Rn. 228 ff., Art. 102 AEUV Rn. 38 ff. m. w. N.

eine positive Entwicklung des Arbeitsmarkts zu fördern und so den Erfolg des Binnenmarkts zu gewährleisten.<sup>22</sup>

Diese Doppelnatur gewerblicher Schutzrechte im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Binnenmarkt ist Ausgangspunkt für den Regulierungsansatz der Europäischen Union, welcher durch zwei Ziele geprägt ist: Erstens der Einführung eines möglichst hohen Schutzniveaus; zweitens der Überwindung des Territorialitätsprinzips durch Angleichung der nationalen Rechtsnormen auf der einen Seite und Zurverfügungstellung einheitlicher, unionsweiter Schutzrechte auf der anderen Seite. Flankiert wird diese Rechtsetzung durch eine kartellrechtliche Kontrolle solcher Wettbewerbsbeschränkungen, die über den spezifischen Gegenstand des Schutzrechts hinausgehen.<sup>23</sup>

Die erste Kategorie der Rechtssetzungsakte zum materiellen gewerblichen Rechtsschutz der Union hat die Vereinheitlichung der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten durch Richtlinienrecht zum Ziel. Je nach Rechtsakt werden die Erteilungsvoraussetzungen, der Schutzzumfang und/oder die Rechtswirkungen der nationalen Ausschließlichkeitsrechte harmonisiert. Zu nennen sind die Biotechnologie-Richtlinie,<sup>24</sup> die Halbleiterschutzrichtlinie,<sup>25</sup> die Markenrechtsrichtlinie<sup>26</sup> sowie die Design- bzw. Geschmacksmuster-Richtlinie.<sup>27</sup>

<sup>22</sup> Erwägungsgrund 1 DRL; EuGH v. 17. 10. 1990 – C-10/89 – Slg. 1990, I-03711, Rn. 13; *Tattay*, GRUR Int. 2013, 1012 (1013f.); *McGuire* in *Gebauer/Wiedmann*, Kap. 23 Rn. 4; *Stieper* in *Grabitz/Hilff/Nettesheim*, Recht der EU, Art. 118 AEUV Rn. 6; *Ulrich* in *Behrens*, Stand und Perspektiven, S. 47 mit Kritik auf S. 49f. Zur ökonomischen Bedeutung schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige siehe die gemeinsame Studie von EPA und HABM, IP rights intensive industries, S. 6 ff.

<sup>23</sup> Zur Kontrolle wettbewerbswidriger Praktiken in vertraglichen Lizenzen siehe EuGH v. 25. 02. 1986 – 193/83 – Slg. 1986, 611 (*Windsurfing International*), Rn. 37 ff.; EuGH v. 19. 04. 1988 – 27/87 – Slg. 1988, 1919, (*Erauw-Jacquery*), Rn. 15 sowie Verordnung (EG) Nr. 772/2004 der Kommission vom 27. April 2004 über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen (GVO-TT), ABl. Nr. L 123/11 v. 27. 04. 2004. Zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung mit der Folge einer Zwangslizenzierung siehe EuGH v. 29. 04. 2004 – C-418/01 – Slg. 2009, 5039 (*IMS Health*), Rn. 37 ff.; EuG v. 17. 09. 2007 – T-201/04 – Slg. 2007, II-3601 (*Microsoft*), Rn. 647 ff.; ferner die Pressemitteilungen der Europäischen Kommission v. 21. 12. 2012 – IP/12/1448, v. 06. 05. 2013 – IP/13/406, v. 29. 04. 2014 – IP/14/490 und die Schlussanträge von GA *Wathelet* v. 20. 11. 2014 – C-170/13 (*Huawei Technologies*), Rn. 60 ff. Zur missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung durch fehlerhafte Angaben gegenüber Patentbehörden siehe EuGH v. 06. 12. 2012 – C-457/10 P (*Astra Zeneca*).

<sup>24</sup> Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen, ABl. Nr. L 213/13 v. 30. 07. 1998.

<sup>25</sup> Richtlinie 87/54/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen, ABl. Nr. L 24/36 v. 27. 01. 1987.

<sup>26</sup> Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (kodifizierte Fassung), ABl. Nr. L 299/25 v. 08. 11. 2008. Es liegt ein Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Markenrichtlinie vom 17. 03. 2013 vor, KOM (2013) 162.

<sup>27</sup> Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen, ABl. Nr. L 289/28 v. 28. 10. 1998.

Im November 2013 hat die Europäische Kommission ferner einen Richtlinien-vorschlag über den Schutz vertraulichen Know-hows vorgelegt,<sup>28</sup> der auch Aspekte der Rechtsdurchsetzung behandelt. Auf dem Gebiet des Patentrechts fehlt es an einem entsprechenden unionsrechtlichen Harmonisierungsakt. Diese Funktion hat in gewisser Hinsicht das Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (EPÜ) übernommen,<sup>29</sup> zu dessen Mitgliederkreis alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählen.

- 10 Als zweite Spur der Rechtsvereinheitlichung stellt die Union alternativ bzw. kumulativ zu den tradierten, nationalen Schutzrechten einheitliche, genuin europäische Schutzrechte nach Maßgabe europäischer Verordnungen zur Verfügung:<sup>30</sup> die Gemeinschaftsmarke,<sup>31</sup> der einheitliche Schutz geographischer Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen,<sup>32</sup> das einheitliche Sortenschutzrecht,<sup>33</sup> das Gemeinschaftsgeschmacksmuster,<sup>34</sup> sowie (in Kürze) das Einheitspatent.<sup>35</sup> Keinen einheitlichen Schutz begründen die Verordnungen über ergänzende Schutzzertifikate, sie verlängern *de facto* die Laufzeit nationaler Patente.<sup>36</sup>

Der besseren Durchsetzung gewerblicher Schutzrechte dienen schließlich die Produktpiraterie-Verordnung,<sup>37</sup> welche den schnellen Zugriff auf schutzrechtsverletzende Waren durch die Zollbehörden ermöglichen soll, sowie die

<sup>28</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung v. 28. 11. 2013, KOM (2013) 813.

<sup>29</sup> Näher *Ullrich* in *Behrens*, Stand und Perspektiven, S. 19 f.

<sup>30</sup> Kein politischer Erfolg war dem Kommissionsvorschlag zur Einführung eines Gemeinschaftsgebrauchsmusters, KOM (1997) 691, beschieden.

<sup>31</sup> Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. Nr. L 78/1 v. 24. 03. 2009. Ein Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Gemeinschaftsmarkenverordnung datiert vom 27. 03. 2013, KOM (2013) 161

<sup>32</sup> Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates vom 20. 03. 2006 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, ABl. Nr. L 93/12 v. 31. 03. 2006.

<sup>33</sup> Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz, ABl. Nr. L 227/1 v. 01. 09. 1994.

<sup>34</sup> Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, ABl. Nr. L 3/1 v. 05. 01. 2002, berichtigt ABl. Nr. L 179/31 v. 09. 07. 2002.

<sup>35</sup> Verordnung (EU) Nr. 1257/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2012 über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes, ABl. Nr. L 361/1 v. 31. 12. 2012.

<sup>36</sup> Verordnung (EG) Nr. 1610/96 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel, ABl. Nr. L 198/30 v. 08. 08. 1996 sowie Verordnung (EG) Nr. 1768/92 des Rates vom 18. Juni 1992 über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Arzneimittel, ABl. Nr. L 182/1 v. 02. 07. 1992. Zu Rechtsnatur und Wirkungsweise siehe *McGuire* in *Gebauer/Wiedmann*, Kap. 23 Rn. 59 f. sowie *Ullrich* in *Behrens*, Stand und Perspektiven, S. 21, 48 f.

<sup>37</sup> Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom

bereits erwähnte Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (DRL).<sup>38</sup>

### C. Die Harmonisierung des Zivilverfahrensrechts

#### I. Das Internationale Zivilverfahrensrecht

Die justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Internationalen Zivilverfahrensrecht, d. h. bei der Regelung von Verfahrensaspekten mit grenzüberschreitendem Bezug, war mangels einer Gemeinschaftskompetenz zur Harmonisierung des Zivilverfahrensrechts über lange Zeit der Domäne der Staatsverträge überantwortet. Die Mitgliedstaaten bedienten sich des – exklusiv nur Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften offen stehenden – Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens in Zivil- und Handelssachen (EuGVÜ)<sup>39</sup> sowie anderweitiger multilateraler Übereinkommen, insbesondere solcher, die unter dem Dach der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht ausgehandelt worden waren.<sup>40</sup> Erst im Vertrag von Amsterdam (in Kraft getreten im Jahr 1999) fand das politische Ziel, dem offenen Binnenmarkt einen noch aufzubauenden „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zur Seite zu stellen, für das Zivilrecht Niederklang in einer Rechtsetzungskompetenz zur justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (Art. 61 lit. c, 65 EGV). Die sich im Oktober 1999 in Tampere anschließende Sondertagung zur Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts<sup>41</sup> bot den Auftakt einer höchst aktiven Gesetz-

12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates, ABl. Nr. L 181/15 v. 29.06.2013.

<sup>38</sup> Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, ABl. Nr. L 195/16 v. 02.06.2004.

<sup>39</sup> Übereinkommen von Brüssel über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen von 1968 (konsolidierte Fassung), ABl. Nr. C 27/1 v. 26.01.1998. Im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (so genannte „Dritte Säule“) nach Art. K. 1 Nr. 6 des EUV von Maastricht wurden ferner drei Konventionsentwürfe ausgearbeitet, die nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam stattdessen in das Instrument einer Verordnung gegossen wurden und zum Erlass der EuInsVO, der EuZVO sowie der EheVO-I führten. Näher Hess, EuZPR, §2 Rn. 5.

<sup>40</sup> Aufgrund ihrer besonderen praktischen Bedeutung und ihrer Vorbildfunktion für späteres Gemeinschaftsrecht sind vor allem das Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen v. 15.11.1965 (HZÜ) sowie das Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen v. 18.03.1970 (HBÜ) zu nennen.

<sup>41</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rats in Tampere v. 15. und 16. Oktober 1999, Rn. 33 ff., abgedruckt in *Europäische Kommission*, Sammlung, S. 27 f. Im Folgenden wurde die Agenda gesetzt durch das Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union, ABl. Nr. C 53/1 v. 03.03.2005,

gebung im Bereich des Internationalen Zivilverfahrensrechts.<sup>42</sup> Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon setzt sich diese Dynamik ungemindert fort.

12 Seit der Überführung des Internationalen Zivilverfahrensrechts in den Kompetenzbereich der Europäischen Union lassen sich vier grobe Entwicklungslinien identifizieren. Die ersten Rechtsetzungsmaßnahmen bezweckten eine Verbesserung und Ergänzung der in den existierenden Staatsverträgen enthaltenen Regelungen für die klassischen Bereiche internationale Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen sowie Rechtshilfe (EuGVO, EuEheVO, EuInsVO, EuZVO, EuBVO).<sup>43</sup> Das Novum der so genannten „Verordnungen der zweiten Generation“ (EuVTVO<sup>44</sup>, EuMahnVO<sup>45</sup>, EuGFVO<sup>46</sup>) bestand in der Streichung bestimmter Anerkennungsversagungsgründe und dem Verzicht auf ein Exequaturverfahren im

---

Nr. 3.4. Hierauf folgte das Stockholmer Programm – Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger, ABl. Nr. C 115/1 v. 04.05.2010, Nr. 3.1.2., siehe hierzu den Aktionsplan der Kommission, KOM (2010) 171, S. 20 ff.

<sup>42</sup> *Storskrubb*, Civil Procedure, S. 270 „unprecedented dynamic approach“; *Hess* in FS Leopold, S. 234: „atemberaubende Geschwindigkeit“; *Stadler*, RIW 2004, 801 (802); *Rauscher*, IPRax 2012, 40 (43) schlägt mit einem Augenzwinkern die Umbenennung der IPR- und IZVR-Verordnungen in „Tampere I, II, III [...]VOen“ vor. Zur durch die Sonderkonferenz in Tampere bewirkten Zäsur siehe auch *Kennett*, Enforcement, S. 51 ff.; *Hess*, EuZPR, § 2 Rn. 36 m. w. N.

<sup>43</sup> Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. Nr. L 12/1 v. 16.01.2001, revidiert durch Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), ABl. Nr. L 351/1 v. 20.12.2012 (EuGVO); Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, ABl. Nr. L 160/1 v. 30.06.2000 (EuInsVO); Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl. Nr. L 160/19 v. 30.06.2000, revidiert und ersetzt durch Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003, ABl. Nr. 338/1 v. 23.12.2003 (EuEheVO); Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten, ABl. Nr. 160/37 L v. 30.06.2000, revidiert und ersetzt durch Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13. November 2007, ABl. Nr. L 324/79 v. 10.12.2007 (EuZVO); Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28.05.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen, ABl. Nr. L 174/1 v. 27.06.2001 (EuBVO).

<sup>44</sup> Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl. 143/15 v. 30.04.2004.

<sup>45</sup> Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. Nr. L 399/32 v. 30.12.2006.

<sup>46</sup> Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABl. Nr. L 199/22 v. 31.07.2007; ;

## Sachregister

- Access-Provider § 4 Rn. 14 ff., 45 ff., 113 ff.; § 7 Rn. 51, 54
- Actor sequitur forum rei § 10 Rn. 6, 11, 30, 44, 46, 53 f., 66 f., 77, 142, § 13 Rn. 7; § 14 Rn. 95
- Aktivlegitimation § 3 Rn. 16, 21; § 12 Rn. 1, 51
- Allgemeiner Gerichtsstand des Beklagten § 10 Rn. 11, 24; § 13 Rn. 7, § 18 Rn. 50, 52
- Alternative Streitbeilegung § 1 Rn. 20
- American Law Institute § 1 Rn. 18
- Anerkennung § 16 Rn. 9 ff.
- einstweilige Maßnahmen § 16 Rn. 12 ff., 22 ff.
  - erfasster Umfang § 16 Rn. 25 ff.
  - EuVTVO § 16 Rn. 115
  - ex parte-Verfahren § 16 Rn. 12 ff., 16 ff., 80, 155
  - ipso iure § 16 Rn. 9 ff.
  - Wirkungserstreckung § 16 Rn. 28 ff.
- Anerkennungsversagung § 16 Rn. 1 ff., 68 ff., 124
- ausschließlicher Gerichtsstand § 16 Rn. 72 ff., 160
  - Beweislast § 16 Rn. 70
  - Klagezustellung § 14 Rn. 31 f., 45 f., 57 f., 71, 89; § 16 Rn. 21, 75 ff.; § 17 Rn. 5, 18
  - ordre public § 16 Rn. 21, 28, 62, 84 ff., 111, 164, 167
  - unvereinbare Entscheidungen § 12 Rn. 5, 11, 84, 91 ff.; § 13 Rn. 88; § 16 Rn. 103 ff., 122, 124, 151, 168 ff., 180; § 17 Rn. 17 f.
  - Vortrag § 16 Rn. 31
- Anton Piller order siehe search order
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts § 2 Rn. 37
- Äquivalenzgrundsatz § 2 Rn. 39
- Arrest § 4 Rn. 116 ff., § 11 Rn. 34, 37 ff.; § 16 Rn. 49; § 18 Rn. 111 ff., 128 ff.
- Ausforschungsbeweis § 5 Rn. 47, 83; § 15 Rn. 14, 41, 55 f., 68
- Auskunft § 7 Rn. 1 ff., § 8 Rn. 24 ff.
- ancillary order zur freezing injunction § 4 Rn. 38, 66 ff., 162 ff.; § 8 Rn. 15
  - Datenschutz § 7 Rn. 5, 10 ff., 22, 24, 46 ff., 87 ff., 96 ff.
  - Drittauskunft § 7 Rn. 8, 28 ff., 31 ff., 75, 80; § 8 Rn. 25
  - Durchsetzung § 7 Rn. 73
  - einstweiliger Rechtsschutz § 7 Rn. 67, 89 f., § 16 Rn. 140 ff., 149
  - Europäischer Kontenpfändungsbeschluss § 16 Rn. 140 ff., 149
  - Harmonisierungserfolg § 8 Rn. 18
  - im Rahmen der *search order* § 6 Rn. 12, 19; 17
  - Inhalt § 7 Rn. 81 f., 95
  - Kosten § 7 Rn. 30, 66
  - s. a. Norwich Pharmacal Order
  - über die Belegenheit eines zu betrachtenden Gegenstands § 5 Rn. 61; § 6 Rn. 19
  - über Geschäfts- und Vertriebspartner § 6 Rn. 19; § 7 Rn. 15 ff., 41
  - über Passwörter § 5 Rn. 61; § 6 Rn. 19
  - über Preise § 6 Rn. 8; § 7 Rn. 43
  - über Vermögensgegenstände § 4 Rn. 48, 66 ff., 162 ff.
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 139 ff., 177 f., 184
  - Verhältnis zur disclosure § 7 Rn. 15
  - Zusammenhang mit einem Verletzungsverfahren § 7 Rn. 77 ff., 94
  - Zuständiges Gericht § 10 Rn. 138 ff.
- Auslegung des Unionsrechts § 2 Rn. 27 ff.

- Außenkompetenz der EU § 2 Rn. 9 ff.
- Aussetzung des Verfahrens § 4 Rn. 101;  
 § 8 Rn. 5; § 10 Rn. 109 ff., 124 ff.  
 132 ff., 149, 155 f., § 12 Rn. 9, 15, 36 ff.,  
 48 ff., 53 ff., 63 ff., 67, 104, 110; § 13  
 Rn. 37 ff., 41 f., 43 ff., 54 ff., 64, 69; § 14  
 Rn. 64 f.; § 18 Rn. 64 ff., 72
- Balance of convenience § 4 Rn. 36
- Bank- Finanz- und Handelsunterlagen,  
 § 4 Rn. 10, 68, 120 ff., 162 ff., § 5 Rn. 5,  
 59 f., 92
- Bezeichnung des Vorlagegegenstands § 4 Rn. 127, 163, § 5 Rn. 6
- Bestandsverfahren
- ausschließlicher Gerichtsstand § 10 Rn. 9 f., 99 f., 142; § 13 Rn. 22, 77; § 16 Rn. 160
  - Aussetzung des Verletzungsverfahrens § 10 Rn. 109 ff., 124 ff., 132 f.; § 12 Rn. 65; § 13 Rn. 41 ff., 77; § 18 Rn. 64 ff., 72
  - Bundespatentgericht § 10 Rn. 120
  - Gemeinschaftsschutzrechte § 13 Rn. 38 ff., 69
- Beweisaufnahme im Ausland § 15 Rn. 1 ff.
- aktive Rechtshilfe § 5 Rn. 11 ff., 19 ff., 80 f.
  - Anwendungsbereich EuBVO § 15 Rn. 5 ff., 56
  - Beweismittelbeschaffung § 15 Rn. 7 ff., 27, 53 ff., 86 ff., 93 ff.
  - Form der Beweisaufnahme § 15 Rn. 21 ff., 35 ff.
  - Formblätter § 15 Rn. 12 f., 50, 80
  - Kosten § 15 Rn. 27, 33
  - Passive Rechtshilfe § 15 Rn. 11 ff., 15 ff., 80, 91 f.
  - Rechtsmittel § 15 Rn. 60
  - Sperrwirkung der EuBVO § 15 Rn. 61
  - Verweigerungsrechte § 15 Rn. 30 ff., 83 f., 88, 94
  - Videokonferenz § 15 Rn. 10, 16, 26, 75
  - völkerrechtliche Schranken § 15 Rn. 62 ff., 71 ff., 75 ff.; § 17 Rn. 3, 13 ff., 41 f.
  - Zwangsmaßnahmen § 15 Rn. 17, 22, 31, 47 ff., 52, 92
- Beweisermittlung § 6 Rn. 5 ff., 12 ff., 42, 84
- zugunsten ausländischer Verfahren § 6 Rn. 26; § 15 Rn. 14
- Beweismittel
- s. a. Beweisaufnahme im Ausland
  - einstweilige Verfahren § 4 Rn. 69, 131
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 96 ff.
- Beweismittelsicherung § 6 Rn. 1 ff.; § 8 Rn. 13, 24
- Ausland § 15 Rn. 7 ff., 36, 82; § 17 Rn. 21
  - Antragsgegner § 6 Rn. 3
  - Düsseldorfer Praxis § 5 Rn. 72 ff., 89 f.; § 6 Rn. 54 ff.
  - Durchsetzung § 6 Rn. 53
  - Durchsuchung § 6 Rn. 5 ff.; 12 ff., 53
  - einstweilige Verfügung § 6 Rn. 41 ff.; § 17 Rn. 21
  - Gefahr des Beweismittelverlusts § 6 Rn. 15, 36, 38, 43 ff., 61
  - Harmonisierungserfolg § 8 Rn. 17
  - Rechtshilfe § 15 Rn. 58 f.
  - search order § 6 Rn. 12 ff.
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 144 ff., 184
  - Zeugenvernahme § 6 Rn. 4, 33, 38 f.
  - zugunsten ausländischer Verfahren § 6 Rn. 26, 70 f., 83, 86; § 17 Rn. 21
  - zuständiges Gericht § 11 Rn. 42 ff.
- Beweismittelvorlage § 5 Rn. 1 ff.; § 6 Rn. 5 ff.; § 8 Rn. 13, 24; § 15 Rn. 4 s. a. disclosure
- begünstigte Partei § 5 Rn. 7 ff.
  - Besichtigung von Prozessen § 5 Rn. 23, 61, 98
  - Bezeichnung des Vorlagegegenstands § 5 Rn. 6, 26, 56 f., 83, 96
  - durch Dritte § 5 Rn. 25 ff.; 81 ff. 102
  - Durchsetzung § 5 Rn. 48, 63, 87
  - einstweiliger Rechtsschutz § 5 Rn. 51
  - Erforderlichkeit § 5 Rn. 53 f.
  - extraterritoriale Beweismittel § 5 Rn. 35; § 15 Rn. 7 ff., 64 ff., 69, 86 ff., 92 ff.
  - Harmonisierungserfolg § 8 Rn. 16
  - Stufenklage § 5 Rn. 51
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 90, 115, 134 ff., 141, 148 f., 188, 190

- Verfügungsgewalt § 5 Rn. 58
- Wahrscheinlichkeit der Rechtsverletzung § 5 Rn. 52
- zugunsten ausländischer Verfahren § 6 Rn. 26, 70 f., 83, 86; § 15 Rn. 49
- Zuständiges Gericht § 10 Rn. 138 ff., § 11 Rn. 42 ff.
- Beweisverfahren selbständiges, § 6 Rn. 38 ff.; § 9 Rn. 2; § 11 Rn. 69
- zugunsten ausländischer Verfahren § 6 Rn. 39, 70 ff.
- Bifurcation siehe Trennungsprinzip
- Binnenmarkt § 1 Rn. 7; § 2 Rn. 7 f.
- Binnenmarktbezug § 2 Rn. 1, 5; 7; § 3 Rn. 18; § 8 Rn. 20, 39 f.
  
- Clear the path § 4 Rn. 39, § 10 Rn. 16
- CLIP § 1 Rn. 19
- Confidentiality club § 5 Rn. 30 f., 103; § 6 Rn. 37; § 15 Rn. 24 f.
- Contempt of court § 4 Rn. 56 ff., 62, 72, 77, 80 ff., § 5 Rn. 36, 41, 104; § 6 Rn. 18, 29 f.; § 7 Rn. 27; § 12 Rn. 44; § 16 Rn. 58; 87 ff.; Anhang Rn. 25, 39
  
- Dänemark § 2 Rn. 4
- Datenschutz § 5 Rn. 35; § 7 Rn. 5, 10 ff. 22, 24, 46 ff., 87 ff., 96 ff.
- Debarment from defending siehe Verteidigung, Ausschluss von
- Diensteanbieter der Informationsgesellschaft § 4 Rn. 14 ff., 17 ff., 110 ff., 155 f.
- Disclosure
  - Anordnungen gegenüber Dritten § 5 Rn. 27
  - bei ex parte-Anträgen § 4 Rn. 71, 167; § 6 Rn. 22, 37
  - Begleitanzordnung zur freezing injunction § 4 Rn. 66 ff., 162 ff.
  - Beschränkungen in Patentstreitigkeiten § 5 Rn. 14
  - Dokumenteneinsicht § 5 Rn. 13, 21
  - Dokumentenoffenbarung § 5 Rn. 13, 18 ff.
  - Durchsetzung § 5 Rn. 36
  - erfasste Dokumente § 5 Rn. 15 ff.
  - extraterritoriale Dokumente § 15 Rn. 66 ff., 86 ff., 92 ff.
- ordre public § 16 Rn. 97 f.
- pre-action § 6 Rn. 31 f.
- Rechtshilfe § 15 Rn. 53 ff.
- specific disclosure § 5 Rn. 22
- standard disclosure § 5 Rn. 15 ff.
- stromlinienförmiges Verfahren § 5 Rn. 14; Anhang Rn. 26
- Verfügungsgewalt § 5 Rn. 17
- Verhältnis zur Auskunft § 7 Rn. 15 f.
- Doorstep piller § 6 Rn. 29
- Düsseldorfer Praxis § 5 Rn. 72 ff., 89 f.; § 6 Rn. 54 ff.
- Freigabe des Gutachtens § 5 Rn. 72 ff.; § 6 Rn. 48 f., 55, 58 f., 71
- Rechtsschutz § 6 Rn. 58 f.
- zugunsten ausländischer Verfahren § 6 Rn. 70 ff.
- Zuständigkeit § 6 Rn. 57
  
- eCommerce-Richtlinie § 4 Rn. 17 ff.
- Effektivitätsgrundsatz siehe effet utile
- Effet utile § 2 Rn. 33, 40 ff.; § 4 Rn. 7, 129, § 10 Rn. 123 ff., 127, 133; § 12 Rn. 24, 38, 63 ff., § 14 Rn. 44, 47; § 15 Rn. 40
- Einheitspatent § 1 Rn. 10; § 18 Rn. 15 ff.
- Einheitspatentgericht siehe Unified Patent Court
- Einstweiliger Rechtsschutz § 4 Rn. 1 ff.; § 11 Rn. 1 ff.
  - Anerkennung § 16 Rn. 12 ff., 22 ff., 104 ff.
  - anwendbares Recht § 9 Rn. 1 ff., § 11 Rn. 2
  - Dringlichkeit § 4 Rn. 8, 36 f., 97 ff.; § 6 Rn. 15, § 11 Rn. 19, 28
  - Durchsetzung § 4 Rn. 80 ff., 84 ff., 143 ff.
  - Erfolgsaussichten in der Hauptsache § 4 Rn. 31 ff., 51, 93 f.; § 8 Rn. 14 f.; § 18 Rn. 120 f.
  - EuGVO-autonome Definition der einstweiligen Maßnahme § 11 Rn. 19 ff., 45 ff., 61 f., 77 f., 83 f.
  - Harmonisierungserfolg § 8 Rn. 14 f.
  - Internationale Zuständigkeit § 11 Rn. 4 ff.; § 13 Rn. 33 ff., 76
  - Reale Verknüpfung § 11 Rn. 23 ff., 29, 33, 35 f., 57, 59, 64, 68, 74 ff., 84



- Rechtskraft § 16 Rn. 104
- Sicherstellung der Vorläufigkeit § 11 Rn. 26 f., 29, 54 f., 58, 65, 74 ff., 84
- Überprüfbarkeit der Zuständigkeit § 11 Rn. 27, 30
- Unified Patent Court § 18 Rn. 40, 42 f., 50, 111 ff., 144 f., 177, 184, 189 f.
- Verfahrenskoordination § 12 Rn. 16, 46 ff., 54, 87 ff., 107; § 16 Rn. 104 ff.
- Vollstreckbarkeit im Ausland § 11 Rn. 27, 29, 63; § 16 Rn. 12 ff., 36
- Zuständigkeit § 4 Rn. 49, 63 f.; § 6 Rn. 14, 21, 26, 57; § 11 Rn. 1 ff., § 13 Rn. 33 ff., 76; § 16 Rn. 14; Anhang Rn. 11
- Zuständigkeit des Hauptsachegerichts § 11 Rn. 9 ff., 71; § 13 Rn. 33
- EMRK § 2 Rn. 20 ff.
- Ermessen gerichtliches, § 4 Rn. 36, 55, § 5 Rn. 33, 65; § 6 Rn. 48 f., 51; § 7 Rn. 22 f., § 12 Rn. 57 ff., 99 f.; Anhang, Rn. 30
- Europäischer Gerichtsatlas § 1 Rn. 16; § 14 Rn. 8, 31, 99 f.; § 15 Rn. 90; § 16 Rn. 183; § 17 Rn. 16
- Europäischer Kontenpfändungsbeschluss § 11 Rn. 69 ff.; § 16 Rn. 133 ff.
- Anwendungsbereich § 11 Rn. 69 f.
- Auskunft § 16 Rn. 140 ff., 149
- ex parte § 16 Rn. 134, 137, 144; § 17 Rn. 19
- Rechtsnatur § 16 Rn. 134
- Vollstreckung § 16 Rn. 144, 167
- Zuständigkeit § 11 Rn. 71
- Zustellung § 16 Rn. 145
- Europäischer Vollstreckungstitel über unbestrittene Forderungen
- Anerkennung § 16 Rn. 115
- Anwendungsbereich § 14 Rn. 73
- Auslandsvollstreckung § 16 Rn. 111 ff., 122
- Bestätigungsbefugnis § 16 Rn. 125, 128
- Bestätigungsverfahren § 16 Rn. 116 ff., 127, 172; § 17 Rn. 38
- Formblätter § 16 Rn. 116, 122, 128
- Rechtsbelehrungen § 14 Rn. 73, 77; § 16 Rn. 119, 126; § 17 Rn. 9
- Rechtsschutz § 16 Rn. 117 f., 129; § 17 Rn. 38
- Verhältnis zur EuZVO § 14 Rn. 80 f., § 16 Rn. 120; § 17 Rn. 8, 18
- Vollstreckbarerklärung § 16 Rn. 116 ff.
- Wahlrecht § 16 Rn. 123; § 17 Rn. 18
- Zustellung § 14 Rn. 73 ff.; § 16 Rn. 119, 126, 162
- Zwangsgeldanordnung § 16 Rn. 114
- Europäisches Justizportal § 1 Rn. 16; § 15 Rn. 12; § 17 Rn. 16
- European Law Institute § 1 Rn. 18
- Exequaturverfahren § 16 Rn. 1 ff., 30 ff., 68, 111, 125, 171 f.
- ex parte-Entscheidungen § 4 Rn. 70 ff., 132 ff., 165 ff.; § 6 Rn. 55, 60 ff., § 12 Rn. 89, 94; § 16 Rn. 12 ff., 36; 113, 155
- Schutz der nicht gehörten Partei § 4 Rn. 71 f., 137, 165 ff.; § 16 Rn. 12 ff., 155
- Formblätter, § 14 Rn. 8 f., 91, 99, 111; § 15 Rn. 12 f., 80; § 16 Rn. 116, 122, 128, 135 f.; § 17 Rn. 16, 43
- Forum non conveniens § 10 Rn. 33, § 12 Rn. 59; § 17 Rn. 11
- Forum shopping § 4 Rn. 65, 98 f., 167, § 10 Rn. 7, 18, 26, 44, 49, 53, 66 f., 94, 119, 137, 143, § 11 Rn. 8, 29, 54, 63, 65, 71; § 12 Rn. 94, 102; § 13 Rn. 13; § 16 Rn. 60, 152, 155
- Freezing injunction § 4 Rn. 9, 34, 48 ff., 158 ff.; § 8 Rn. 14, § 11 Rn. 31, 37 ff.
- Anordnungsvoraussetzungen § 4 Rn. 50 ff.
- begleitende Auskunftsanordnung § 4 Rn. 66 ff., 162 ff.
- Drittwirkung § 4 Rn. 57 f., 62
- Durchsetzung § 4 Rn. 80 ff.
- ex parte § 4 Rn. 70, 72
- Inkrafttreten § 4 Rn. 58
- ordre public § 16 Rn. 100
- Schutz betroffener Personen § 4 Rn. 78 f.
- Unified Patent Court § 18 Rn. 111 ff. 128 ff., 177
- Vollstreckung im Ausland § 16 Rn. 21, 47 f., 87 ff.

- vorrangige Befriedigungsmöglichkeit § 4 Rn. 59, 83
- weltweite § 4 Rn. 52, 60 ff., 37 ff.; § 16 Rn. 40
- Fristbeginn (Einleitung des Hauptsacheverfahrens) § 4 Rn. 25 f.
- Gemeinschaftliches Sortenschutzrecht siehe Gemeinschaftsschutzrechte
- Gemeinschaftsgeschmacksmuster siehe Gemeinschaftsschutzrechte
- Gemeinschaftsmarke siehe Gemeinschaftsschutzrechte
- Gemeinschaftsschutzrechte § 1 Rn. 10; § 2 Rn. 5, § 13 Rn. 1 ff.
  - Auslandsvollstreckung § 16 Rn. 64 ff.
  - Bestandsangriffe § 13 Rn. 38 ff.
  - Einstweiliger Rechtsschutz § 13 Rn. 33 ff., 76, 89
  - Gemeinschaftsmarken- bzw. geschmacksmustergerichte § 13 Rn. 3 ff., 33 f., 68, 73, 90; Anhang Rn. 8, 11
  - Koexistenz § 13 Rn. 53
  - Rechtskraft § 13 Rn. 46 ff., 54, 56, 82 ff.
  - Restitution § 13 Rn. 51 f., 69, 89
  - Streitgegenstand § 13 Rn. 49, 57 ff., 83, 89
  - Verfahrenskoordination § 13 Rn. 36 ff., 53 ff., 69, 77 f., 89
  - Zuständigkeit § 13 Rn. 7 ff., 66 ff., 70 ff., 89
- Gerichtsstand der Niederlassung § 10 Rn. 12; § 13 Rn. 7
- Gerichtsstand der Streitgenossenschaft § 10 Rn. 64 ff., 144, 150, 153
  - Deckungsgleichheit der Klagen § 10 Rn. 83
  - einheitliche Rechtslage § 10 Rn. 70 ff., 85 ff.
  - einheitliche Sachlage § 10 Rn. 69, 84
  - Gemeinschaftsmarke bzw. -geschmacksmuster § 13 Rn. 22 ff., 89
  - Konnexität § 10 Rn. 65, 67 ff., 88, 95 f.
  - legitimes Interesse des Klägers § 10 Rn. 79 ff.
  - Missbrauchskontrolle § 10 Rn. 75, 89
  - Spinne im Netz § 10 Rn. 90 ff.
- subjektive Verbindung der Beklagten § 10 Rn. 84
- Gerichtsstand der unerlaubten Handlung § 10 Rn. 7 f., 13 ff., 143, 152
  - arbeitsteiliges Vorgehen § 10 Rn. 21, 26, 28 f.
  - Gemeinschaftsmarke bzw. -geschmacksmuster § 13 Rn. 11 ff.
  - Ort der Schadensrealisierung § 10 Rn. 18, 27 ff.
  - Ort des ursächlichen Geschehens § 10 Rn. 17 ff., 23 ff.
  - Prüfungsintensität § 10 Rn. 50 ff.
  - Rollenneutralität § 10 Rn. 7, 15 f., 56, 141 f.
  - Schwerpunktbildung § 10 Rn. 18, 23 f., 39 ff., 49, 54 f., 143
  - s. a. Streudelikt
  - Teilakte § 10 Rn. 20 ff., 53
  - s. a. Ubiquitätsprinzip
- Gerichtsstand des Erfüllungsorts § 10 Rn. 57 ff.
- Gerichtsstandsvereinbarung § 10 Rn. 61 f., 99; § 12 Rn. 7; § 13 Rn. 19 ff., 89; § 18 Rn. 49
- Gewerbliche Schutzrechte
  - Begriff § 1 Rn. 4 23, § 3 Rn. 19;
- Gewerbliches Ausmaß der Rechtsverletzung § 4 Rn. 22 ff., § 5 Rn. 5, 59; § 6 Rn. 9
- Glaubhaftmachung § 4 Rn. 92 ff., 97 ff., 116 ff., 131; § 6 Rn. 39, 42 ff., 61, 78; § 8 Rn. 14
- Good arguable case § 4 Rn. 50 f.; § 10 Rn. 52
- Grenzüberschreitender Bezug § 2 Rn. 3
- Grundrechte § 2 Rn. 20 ff.; § 4 Rn. 21; § 6 Rn. 10 ff.; § 7 Rn. 53; § 8 Rn. 49; § 15 Rn. 1, 31, 83 f., 95; § 16 Rn. 86, 121; § 17 Rn. 3, 6
- Grundrechte-Charta § 2 Rn. 20 ff. 31; § 7 Rn. 10, 53; § 8 Rn. 49; § 12 Rn. 30; § 14 Rn. 45; § 15 Rn. 1; § 16 Rn. 121
- Haager Beweisübereinkommen § 15 Rn. 2, 8 f., 31, 39, 55, 67 f., 80
- Haager Gerichtsstandsübereinkommen § 10 Rn. 62, § 13 Rn. 20

- Haager Zustellungsübereinkommen § 14 Rn. 3, 68
- Haftungsprivilegierung § 4 Rn. 17 ff.
- Harmonisierungserfolg der DRL § 8 Rn. 13 ff., 19 ff., 38
- Host-Service-Provider § 4 Rn. 17 ff, 45 f., 110 ff., 156
- In camera-Verfahren § 5 Rn. 30 f., 69 ff., 79, 84, 90, 103; § 15 Rn. 24 f.
- Inländergleichbehandlung § 1 Rn. 5, § 3 Rn. 6
- Interessenausgleich § 4 Rn. 152 ff.
- Justizgewähranspruch § 2 Rn. 2, 23, 40; § 6 Rn. 70; § 8 Rn. 44, 49, 57; § 12 Rn. 11, 53, 59; § 13 Rn. 87; § 14 Rn. 1 f., 25; § 16 Rn. 86, 154, 164; § 17 Rn. 3; § 18 Rn. 176 ff.
- Know-how § 1 Rn. 3; § 5 Rn. 29, 64, 105; § 6 Rn. 49; § 8 Rn. 50
- Kohärenz der Rechtsakte § 16 Rn. 179; § 17 Rn. 17 ff., 40, 45 f.
- Kontenpfändung siehe Arrest, Europäischer Kontenpfändungsbeschluss, freezing injunction,
- Litispendenz § 12 Rn. 6 ff., 101; § 13 Rn. 37, 39, 54 f.
- Anspruchsidentität § 12 Rn. 12 ff.
  - Einstweiliger Rechtsschutz § 12 Rn. 46 ff., 87, 95 ff.; § 13 Rn. 42
  - Gerichtsstandsvereinbarung § 12 Rn. 7
  - Hilfsanspruch § 12 Rn. 17
  - Kernpunkttheorie § 12 Rn. 12 ff.
  - Parteidentität § 12 Rn. 9 ff., 50 f.
  - Prioritätsgrundsatz § 12 Rn. 6 f., 17; § 13 Rn. 38, 42 ff.
  - Rechtshängigkeit § 12 Rn. 6, § 14 Rn. 41 f.; Anhang Rn. 13
  - Sperrwirkung § 12 Rn. 6 ff., 40 ff.
  - Teilidentität § 12 Rn. 9, 60
- Mareva injunction siehe freezing injunction
- Materialisierung des Verfahrensrechts § 1 Rn. 15, § 8 Rn. 46 f., 50, 57
- Mindestharmonisierung § 3 Rn. 1, 9, 18; § 4 Rn. 139, 178; § 8 Rn. 16 ff., 31 ff., 39, 42, 57
- Mindeststandards verfahrensrechtliche, § 8 Rn. 48 f.; § 14 Rn. 73 ff., 80 ff., 89; § 16 Rn. 118 f., 125 ff., 162; § 17 Rn. 10, 20, 40 f., 43 f.
- Mittelpersonen § 4 Rn. 13 ff., 43 ff., 106 ff., 155 f., 176; § 7 Rn. 30 ff.; 18 Rn. 122
- negative Feststellungsklage § 4 Rn. 99; § 10 Rn. 15 f., § 12 Rn. 17 ff., 88, 95; § 13 Rn. 9, 12, 27, 57, 74 f., 89
- Nichtigkeitseinwand § 10 Rn. 101, 103 ff., 145, 147 ff., 154 ff.;
- Anspruchsidentität § 12 Rn. 14
  - Aussetzung des Verfahrens § 10 Rn. 109 ff., 121 ff., 155
  - Bindungswirkung der Schutzrechtserteilung § 10 Rn. 125 ff.
  - einstweiliger Rechtsschutz § 10 Rn. 134, § 11 Rn. 13, 72
  - Erklärung der Unzuständigkeit § 10 Rn. 107 f., 118
  - Gemeinschaftsschutzrechte § 13 Rn. 9, 27 f., 69
  - inzidente Entscheidungsbefugnis des Verletzungsgerichts § 10 Rn. 104
  - Unerheblichkeit § 10 Rn. 123 ff.
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 61
- Nichtigkeitswiderklage § 8 Rn. 5, § 10 Rn. 101 f.; § 13 Rn. 9, 29 ff., 38 ff., 69; § 18 Rn. 58 ff., 66, 78, 83, 88 ff., 102, 110, 163, 188
- Norwich Pharmacal Order,
- Anordnungsvoraussetzungen § 7 Rn. 20 ff.
  - Datenschutz § 7 Rn. 24
  - Durchsetzung § 7 Rn. 27
  - Inhalt § 7 Rn. 23
  - Kosten § 7 Rn. 30
- Öffentlichkeit der Verhandlung § 2 Rn. 25
- Ordre public
- Anerkennung § 16 Rn. 21, 28, 62, 84 ff., 164, 167
  - Beweisaufnahme § 15 Rn. 15, 39 f.

- Europäischer Kontenpfändungsbeschluss § 16 Rn. 146, 167
- Zustellung § 14 Rn. 9, 58, 71
- Pariser Verbandsübereinkunft § 1 Rn. 5, § 3 Rn. 6
- Passivlegitimation § 3 Rn. 22
- Perpetuatio fori § 10 Rn. 104, 119, 120 ff., 135
- Produktpiraterie § 3 Rn. 2 f.; § 8 Rn. 22
- Prozessführungsbefugnis § 3 Rn. 16, 21; § 12 Rn. 1, 51
- Prozesskosten siehe Verfahrenskosten
- Prozessökonomie § 10 Rn. 6, 16, 66, 77 ff., 83 ff., 93, 104, 108, 112, 120; § 12 Rn. 21, 37, 41, 59, 73; § 13 Rn. 42, 56, § 16 Rn. 65; § 18 Rn. 53, 75
- Qualifikation der Instrumente der DRL § 3 Rn. 14, § 5 Rn. 6
- Quantifizierung eines drohenden Schadens § 4 Rn. 38
- Rechtliches Gehör § 2 Rn. 24, § 3 Rn. 7, § 4 Rn. 66, 70 ff., 84 ff., 132 ff., 165 ff., § 5 Rn. 31, 69 ff., 90; § 6 Rn. 13, 40, 60 ff., 78; § 7 Rn. 24, 86; § 8 Rn. 53; § 14 Rn. 1 f., 25 ff., 44, 92, 101; § 16 Rn. 12 ff., 21, 62, 84 ff., 88 ff., 94 ff., 117, 129, 134, 137, 144, 161 ff.; § 17 Rn. 5 ff.
- Rechtsetzungskompetenz § 2 Rn. 1 ff.; § 3 Rn. 17 f.; § 8 Rn. 39 f.; § 10 Rn. 4
- Rechtskraft § 12 Rn. 68 ff., 105 f.
  - amtswegige Berücksichtigung § 12 Rn. 72, 74
  - Gemeinschaftsschutzrechte § 13 Rn. 46 ff., 54, 56, 82 ff.
  - negative Prozessvoraussetzung § 12 Rn. 72 f.
  - Präjudizialität § 12 Rn. 72, 76 ff.
  - Streitgegenstandsbegriff § 12 Rn. 72, 80 ff.; § 13 Rn. 57 ff., 83
  - Wirkungserstreckung § 12 Rn. 77, 80 f., 83, 90, 105; § 13 Rn. 82; § 16 Rn. 28 f.
  - Zuständigkeitsentscheidung § 12 Rn. 75 f.; § 13 Rn. 32
- Rechtsschutzbedürfnis § 4 Rn. 98
- Rechtssicherheit § 2 Rn. 24, 32
- Restitution § 10 Rn. 105, 127; § 13 Rn. 51 f., 69, 84, 89
- Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung § 2 Rn. 38, § 4 Rn. 129, 140; § 6 Rn. 68
- Rügelose Einlassung § 2 Rn. 42 f.; § 10 Rn. 98, 119, 129, 140; § 11 Rn. 10 ff.; § 12 Rn. 6; § 13 Rn. 19; § 18 Rn. 49, 62, 183
- Sachverständige § 4 Rn. 94, 97; § 5 Rn. 21, 23, 30 ff., 55, 68 f., 72 ff., 89, 103, 107; § 6 Rn. 38 f., 50, 52 ff., 62 ff., 74; § 8 Rn. 4, 6, 17, 22; § 11 Rn. 49; § 15 Rn. 6, 13, 16, 20, 28, 58, 65, 71 ff., 86, 89; § 17 Rn. 13 f., § 18 Rn. 90 ff., 97, 99 f., 146, 151, 178, 184; Anhang Rn. 18 ff., 22 ff., 26
- Saisie contrefaçon § 6 Rn. 5 ff., 76; § 8 Rn. 7, 24, § 11 Rn. 45; § 15 Rn. 23, 43; § 16 Rn. 51
- Schadensersatz § 4 Rn. 140 f., 169; § 5 Rn. 79 f.; § 6 Rn. 69, § 11 Rn. 32, § 16 Rn. 147
- Schutzmaßnahmen zugunsten des Antragsgegners § 4 Rn. 73 ff., 168 ff.
  - Düsseldorfer Praxis § 6 Rn. 66 ff.
  - Einleitung des Hauptsacheverfahrens § 4 Rn. 74, 78, 138 f., 168, 175; § 6 Rn. 10, 67 f.
  - freezing injunction § 4 Rn. 78 f.
  - Kompensation des Antragsgegners § 4 Rn. 71, 75 ff., 79, 140 ff., 169; § 5 Rn. 79 f.; § 6 Rn. 2, 23, 25, 69, 80; § 18 Rn. 123, 125, 130, 132, 176 f., 192
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 123 ff., 129 f.
  - s. a. Verpflichtungserklärung
  - zwingender Charakter § 4 Rn. 11 f.; § 6 Rn. 10; § 8 Rn. 32
- Search order § 6 Rn. 12 ff.
  - Anordnungsvoraussetzungen § 6 Rn. 15 ff.
  - Aufhebung § 6 Rn. 21
  - Auskunft § 6 Rn. 12, 19

- Durchführung § 6 Rn. 20, 24
- Durchsetzung § 6 Rn. 18
- im Ausland belegene Räumlichkeiten § 6 Rn. 21; § 15 Rn. 23, 43, 45, 71 ff.
- Kosten § 6 Rn. 28, 35
- ordre public § 16 Rn. 100
- Rechtsnatur § 6 Rn. 18, 27, § 11 Rn. 45; § 15 Rn. 38
- Schutzvorkehrungen § 6 Rn. 22, 37
- supervising solicitor § 6 Rn. 12, 15 f., 17, 20, 23 f., 27 f., 81; § 15 Rn. 37, 51
- Sektorielle Rechtsangleichung § 1 Rn. 14; § 2 Rn. 33; § 4 Rn. 147, 164, 172 f., § 5 Rn. 96; § 8 Rn. 35 ff., 38, 46 f., 50
- Serious question to be tried § 4 Rn. 31, 51
- Sicherheitsleistung § 4 Rn. 3 f., 28, 30, 59, 76, 88, 92, 119, 142; § 5 Rn. 62; § 6 Rn. 2, 23, 69; § 11 Rn. 26, 29, 32, 84; § 18 Rn. 103, 111, 123, 130, 146, 167
- Sperrverfügung § 4 Rn. 14 ff., 45 f., 113 ff.
- Sprachrisiko § 14 Rn. 12 ff., 20 ff., 48, 75, 80 f., 82 f., 87, 93 ff., 107 ff., 113; § 16 Rn. 34 f., 122, 145, 165 f.
- Störerhaftung § 4 Rn. 107, 109, 110 ff., 148, 155, § 7 Rn. 36 ff.
- Storme-Kommission § 1 Rn. 17
- Streitgegenstand § 12 Rn. 12 ff., 18, 71 ff., 80 ff., 101, 106; § 13 Rn. 37, 49, 55, 57 ff., 78, 82 f., 88, 124; § 16 Rn. 124; § 18 Rn. 187
- Streudelikt § 10 Rn. 30 ff., 53 ff., 143
  - commercial effect § 10 Rn. 42, 45
  - Einschränkung der Kognitionsbefugnis § 10 Rn. 18, 34 ff., 39 ff., 54 ff., 143
  - Geo-Lokalisierung § 10 Rn. 38
  - Schwerpunktbildung § 10 Rn. 39
  - Unterlassungsbegehren § 10 Rn. 41, 43 ff.
- Striking out a case § 4 Rn. 84 ff.; § 5 Rn. 13, 41
- Strong prima facie case § 6 Rn. 15
- Supervising solicitor § 6 Rn. 12, 15 f., 17, 20, 23 f., 27 f., 81
- Tampere Ratssitzung von, § 1 Rn. 11
- Territorialitätsprinzip § 1 Rn. 4 ff.; § 2 Rn. 5, 8, § 10 Rn. 1 ff., 22, 27, 53, 55 ff., 101, 135, 141, 145; § 12 Rn. 62, § 13 Rn. 1, 6, 61, 70; § 18 Rn. 1 f.
- Torpedoklage § 4 Rn. 99; § 10 Rn. 15 f., 119, 149, § 11 Rn. 16, § 12 Rn. 18 ff., 88, 102, 108, 111 f.
- anti suit injunction § 12 Rn. 44 f.; § 17 Rn. 11
- ausschließliche Zuständigkeit § 12 Rn. 33 ff.
- Begriffsbildung § 12 Rn. 18
- Missbrauchsvorbehalt § 12 Rn. 28 f., 31 f.
- natürlicher Beklagter § 12 Rn. 26 f.
- überlange Verfahrensdauer § 12 Rn. 30
- Trennungsprinzip § 3 Rn. 25; § 8 Rn. 5, § 10 Rn. 101, 106, 111, 125 ff., 135, 145; § 13 Rn. 79 ff.
- TRIPS § 2 Rn. 9, § 3 Rn. 6 ff., § 5 Rn. 3, 9, 64, 85, § 8 Rn. 50, § 11 Rn. 52
- Ubiquitätsprinzip § 10 Rn. 17 ff., 30, 143
- Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (EPÜ) § 1 Rn. 9
- Übersetzung § 2 Rn. 24; § 14 Rn. 12 ff., 20 ff., 87, 92 ff., 107 ff., 110 f.; § 16 Rn. 33 ff., 122, 145, 165 f.; § 17 Rn. 7 ff., 16, 18; § 18 Rn. 2, 19 f., 27, 156, 158, 161 ff., 172
- Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten § 4 Rn. 6 ff.; § 5 Rn. 6; § 6 Rn. 9; § 7 Rn. 6 ff., 14
- Unbekannter Antragsgegner § 4 Rn. 41 f., 105, 157
- Undertaking siehe Verpflichtungserklärung
- UNIDROIT § 1 Rn. 18
- Unified Patent Court § 18 Rn. 1 ff.
  - Auskunft § 18 Rn. 139 ff., 177 f., 184
  - Berufung § 18 Rn. 21, 48, 62, 67, 107 ff., 165, 184, 192, 196
  - Beweisaufnahme § 18 Rn. 96 ff., 175, 186, 189
  - Beweismittelsicherung § 18 Rn. 144 ff., 184
  - Beweismittelvorlage § 18 Rn. 90, 115, 134 ff., 141, 148 f., 188, 190
  - einstweiliger Rechtsschutz § 18 Rn. 40, 42 f., 50, 111 ff., 144 f., 177, 184, 189 f.

- internationale Zuständigkeit § 18 Rn. 38 ff.
- interne Zuständigkeit § 18 Rn. 49 ff.
- Kammern § 18 Rn. 45 ff.
- Nichtigkeitseinwand § 18 Rn. 61
- Nichtigkeitswiderklage § 18 Rn. 58 ff., 66, 78, 83, 88 ff., 102, 110, 163, 188
- sachliche Zuständigkeit § 18 Rn. 42, 125, 130, 167, 177
- Verfahren erster Instanz § 18 Rn. 84 ff.
- Verfahrenskoordination § 18 Rn. 63 ff.
- Verfahrensrecht § 18 Rn. 44 ff.
- Versäumnisurteil § 18 Rn. 92, 88, 104, 164, 189
- Vollstreckung § 18 Rn. 103, 128, 131, 146, 150, 164, 165 ff., 176, 178 f., 192
- Vorabentscheidungsersuchen § 18 Rn. 15, 24 f., 193
- Wiederaufnahme § 18 Rn. 110
- Zustellung § 18 Rn. 89, 104, 154 ff., 164
- Unionsgerichtsbarkeit § 2 Rn. 6, 14 ff.
- Unionsrechtskonforme Auslegung § 2 Rn. 38, § 4 Rn. 45 f., 114 f., 129, 140, 146; § 5 Rn. 53; § 6 Rn. 44 f., 68; § 7 Rn. 28, 35, 63 ff., 75 f., 85; § 8 Rn. 34
- Unmittelbare Anwendbarkeit des TRIPS § 3 Rn. 8
- Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme § 5 Rn. 67 f.; § 6 Rn. 62
- Unterlassungsanordnung § 4 Rn. 3, 13 ff., 29 ff., 92 ff.; § 11 Rn. 20, 31 f., 35 f., 64, 75; § 13 Rn. 76; § 16 Rn. 47 ff., 114, 155; § 18 Rn. 116 ff., 122
- Urteilsfreizügigkeit § 2 Rn. 32; § 16 Rn. 1 ff.
- Verbundprinzip § 3 Rn. 26; § 8 Rn. 6, 9, 12; § 10 Rn. 101, 135, 145; § 13 Rn. 79 ff., 84; Anhang Rn. 17
- Verfahrenskoordination § 12 Rn. 1 ff.
  - s. a. Aussetzung des Verfahrens
  - einstweiliger Rechtsschutz § 12 Rn. 16, 46 ff., 54, 87 ff., 107; § 16 Rn. 104 ff.
  - Gemeinschaftsschutzrechte § 13 Rn. 36 ff., 69, 77 f.
  - s. a. Litispendenz
  - nach nationalem Recht § 12 Rn. 63 ff.
- s. a. Rechtskraft
- Unified Patent Court § 18 Rn. 63 ff.
- Verfahren in Drittstaaten § 12 Rn. 66 ff.
- Verfahrenskosten § 3 Rn. 16, 23, 55, 71, 80, 160; § 5 Rn. 36; § 6 Rn. 28; § 7 Rn. 30, 66, 86, 91; § 8 Rn. 5 f., § 15 Rn. 22; Anhang Rn. 1, 4, 27, 37 f.
- Verfügungsanspruch § 4 Rn. 93 f., 153 f., § 6 Rn. 42
- Verfügungsgrund § 4 Rn. 95 ff.; § 6 Rn. 43 ff., 61
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz § 3 Rn. 20, § 4 Rn. 8, 9; 124; § 5 Rn. 53 ff., 62; § 6 Rn. 8; § 7 Rn. 44; § 8 Rn. 31; § 16 Rn. 61; 86, 101; Anhang Rn. 4
- Vermögensbeschlagnahme § 4 Rn. 9, 61, 116 ff., 144, 158 ff.
- Verpflichtungserklärung § 4 Rn. 67, 69, 72 ff., 79, 169, § 5 Rn. 33, 104; § 6 Rn. 15 f., 20, 22 ff., 26; § 7 Rn. 25; § 15 Rn. 51 f.; § 16 Rn. 27; Anhang Rn. 25
- Versäumnisurteil,
  - englisches Recht Anhang Rn. 30 f.
  - Europäischer Vollstreckungstitel § 16 Rn. 112, 162 f., 171, 174 f.
  - ordre public § 16 Rn. 87 ff., 163 f.; § 17 Rn. 7
  - Prüfung der Zustellung § 14 Rn. 64 ff., § 16 Rn. 162; § 17 Rn. 18
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 92, 88, 104, 164, 189
- Verteidigung, Ausschluss der § 4 Rn. 84 ff.
- Vertrauen in die Justiz der Mitgliedstaaten § 2 Rn. 32, § 12 Rn. 22; § 14 Rn. 73; § 17 Rn. 5, 7
- Vertrauliche Informationen § 4 Rn. 66 f.; 124, § 5 Rn. 4, 29 ff., 65 ff., 84, 88, 103, 108; § 6 Rn. 37, 66; § 7 Rn. 25, 62 ff., 83 ff.; § 8 Rn. 27, § 15 Rn. 24 f., 85
- Verwertungsbeschränkung § 5 Rn. 37 ff., 76 ff., 91, 108; § 6 Rn. 22, 25 f., 30, 37, 72; § 15 Rn. 90
- Vollharmonisierung § 8 Rn. 42 ff., 57
- Vollstreckbarkeit § 16 Rn. 29, 30 ff., 36 ff., 40 f.

- Vollstreckbarkeitserklärung siehe Exekutionsverfahren
- Vollstreckung,
- Anpassung ausländischer Titel § 16 Rn. 46 ff., 157 f.
  - ausländischer Entscheidungen § 16 Rn. 36, 39 ff., 122
  - Bestimmtheitsgebot § 16 Rn. 42 ff., 157
  - Beweismittelvorlage § 5 Rn. 10, 36
  - einstweilige Maßnahmen § 4 Rn. 80 ff., 84 ff., 143 ff., § 6 Rn. 18, 30, 53; § 7 Rn. 27, 73; § 16 Rn. 16, 17 ff., 36
  - Gleichstellung ausländischer Titel § 16 Rn. 29, 39, 46, 122
  - Klauselerteilung § 16 Rn. 37 f.
  - Übersetzung § 16 Rn. 33 ff., 122, 165 f.
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 103, 128, 131, 146, 150, 164, 165 ff., 176, 178 f., 192
  - s. a. Zwangsgeld
- Vorabentscheidungsverfahren § 2 Rn. 15 ff., § 8 Rn. 44, 51 ff., § 11 Rn. 86; § 15 Rn. 60; § 16 Rn. 131 f.; § 17 Rn. 26 ff., 30 ff., 35 ff.; § 18 Rn. 15, 24 f., 193
- Vorwegnahme der Hauptsache § 6 Rn. 47 ff.
- Waffengleichheit § 2 Rn. 24, § 3 Rn. 5, § 5 Rn. 9, 13, 31, 43, 100 f., 108; § 6 Rn. 64, § 12 Rn. 37; § 15 Rn. 70; § 16 Rn. 97; 129; Anhang Rn. 4
- Wirtschaftsprüfervorbehalt § 5 Rn. 67
- Zuständigkeit,
- Düsseldorfer Praxis § 6 Rn. 57
  - einstweiliger Rechtsschutz § 4 Rn. 49, 63 f.; § 6 Rn. 14, 21, 26, 57; § 11 Rn. 1 ff., § 13 Rn. 33 ff., 76; § 16 Rn. 14; Anhang Rn. 11
  - internationale § 10 Rn. 1 ff.; § 18 Rn. 38 ff.
  - örtliche § 3 Rn. 25 f.; § 10 Rn. 12 f., 47 ff., 64; Anhang Rn. 7
  - sachliche § 3 Rn. 25 f.; § 10 Rn. 49, 120; 42, 125, 130, 167, 177; Anhang Rn. 7 ff.
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 38 ff., § 18 Rn. 42, 49 ff.; 125, 130, 167, 177
- Zustellung,
- Auslandszustellung § 14 Rn. 5 ff.
  - effektive Inlandszustellung § 14 Rn. 49 ff., 92; § 17 Rn. 13 f., 41
  - Europäische Bagatellverordnung § 14 Rn. 85 ff.
  - Europäische Mahnverordnung § 14 Rn. 82 ff.
  - Europäischer Kontenpfändungsbeschluss § 16 Rn. 145
  - Europäischer Vollstreckungstitel § 14 Rn. 73 ff.; § 16 Rn. 119, 126, 162
  - fiktive Inlandszustellung § 14 Rn. 43 ff., 52, 92; § 17 Rn. 13 f., 41
  - Formblätter § 14 Rn. 8 f., 13 f., 19, 29, 91, 99 f., 111
  - Harmonisierung der Zustellungsmodalitäten § 14 Rn. 71 ff., 80 ff., 85 ff., 102, 113 ff.
  - Heilung § 14 Rn. 15 f., 18, 27, 33 ff., 53 ff., 79 f., 97 ff., 112, 113
  - Kosten § 14 Rn. 2 f., 9, 12, 25, 27 f.
  - Parteibetrieb § 14 Rn. 11, 14, 29, 91, 106
  - Postweg § 14 Rn. 10, 14, 29, 91
  - Rechtshilfeverkehr § 14 Rn. 8 f., 13, 91
  - Sprachregelung § 14 Rn. 12 ff., 48, 75, 80 f., 82 f., 87, 92 ff., 107 ff., 113; § 16 Rn. 35; § 16 Rn. 138, 145, 165 f.; § 17 Rn. 18
  - Unified Patent Court § 18 Rn. 89, 104, 154 ff., 164
  - Zeitpunkt § 14 Rn. 39 ff., 97
- Zwangsgeld,
- zur Durchsetzung eines Verhaltens im Ausland § 15 Rn. 64 ff., § 16 Rn. 5 ff., 158; § 17 Rn. 13 ff., 42
  - Vollstreckung ausländischer Zwangsgelder § 16 Rn. 52 ff., 110, 158, 177, 181